Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt — **Burscheider Zeitung** — **für die Stadtgemeinde Burscheid**

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 127 — Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 — **Burscheid, Donnerstag, 2. Juni 1932** — Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 — **72. Jahrgang**

Die Regierungsbildung und ihr Echo

Sechs Minister schon ernannt

Reichspräsident von Hindenburg hat, so berichtet das Contibüro,

von Papen zum Reichskanzler ernannt

Außerdem wurden folgende Mitglieder der Reichsregierung ernannt:

Freiherr von Gayl Innenminister,
General von Schleicher Reichswehrminister,
Dr. Warmbold Reichswirtschaftsminister,
Freiherr von Braun, Regierungspräsident a. D., Minister für Ernährung und Landwirtschaft, gleichzeitig Ostkommissar,
Eltz von Rübenach Reichspost- und Verkehrsminister.

Die Ernennung der übrigen Minister erfolgt am Donnerstag.

von Papens Verhandlungen

Ueber die Verhandlungen v. Papens am 1. Juni wird berichtet: Von Papen, der am Mittwochvormittag einen

Besuch in der Reichskanzlei

gemacht hatte, verlegte dann den Schwerpunkt seiner Verhandlungen

in den Reichstag,

wo er eine Reihe von zum Teil sehr langen Unterredungen mit den bereits als Ministerkandidaten genannten Persönlichkeiten hatte. Zu diesen gehörte u. a. auch der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der Generaldirektor der Allianz, Dr. Schmidt, der Präsident des Reichslandbundes Graf Kalckreuth und der Reichsbahndirektionspräsident in Karlsruhe, Eltz von Rübenach.

Die Ernennungen

Der Reichspräsident empfing Mittwoch gegen 20½ Uhr von Papen zum Vortrag über seine bisherigen Bemühungen in der Kabinettsbildung und vollzog darauf die schon mitgeteilten Ernennungen. Außerdem wurde Oberregierungsrat Planck zum Staatssekretär der Reichskanzlei ernannt.

Mit dem Eintreffen der anderen vorgeschlagenen Herren in Berlin ist für Donnerstag die Ernennung Goerdelers zum Arbeitsminister, Gürtners zum Justizminister und Freiherr von Neurakhs zum Außenminister zu erwarten. Nur die Besetzung des Reichsfinanzministeriums ist noch zweifelhaft.

Von den ernannten bezw. in Aussicht genommenen Ministern

Der als Reichsjustizminister vorgesehene

Franz Gürtner,

der im 51. Lebensjahre steht, trat nach Abschluß seiner juristischen Studien in den bayerischen Justizdienst ein und war bis zum Kriegsausbruch Personalreferent im bayerischen Justizministerium. Den Krieg hat er als Hauptmann der Reserve an der Front mitgemacht. Nach seiner Rückkehr im März 1919 war er zunächst Staatsanwalt beim Landgericht München und wurde dann im Jahre 1920 wieder in das Justizministerium berufen. Im August 1922 wurde er als Vertreter der Bayerischen Mittelpartei bayerischer Justizminister, welches Amt er in allen folgenden Kabinetten bis zum heutigen Tage beibehielt.

Freiherr von Braun,

der Ernährungsminister, wurde 1878 als Sohn eines ostpreußischen Rittergutsbesitzers geboren und war bis zum Kriege Landrat in Wirsitz in der Provinz Posen. Im Kriege wurde er in das Innenministerium berufen. Nach dem Zusammenbruch war er Regierungspräsident in Gumbinnen. Von der preußischen Regierung wurde er zur Disposition gestellt, da er den Erlaß des damaligen Oberpräsidenten August Winnig, in dem sich dieser hinter die Regierung Kapp stellte, in seinem Bezirk veröffentlichte. Seit 1927 ist er Generaldirektor der Raiffeisengesellschaft und in dieser Eigenschaft Mitglied des Reichswirtschaftsrates.

Freiherr Eltz von Rübenach,

der neue Reichsverkehrsminister, steht seit 1924 an der Spitze der Reichsbahndirektion Karlsruhe. Er wurde 1875 in Wahn im Rheinland geboren. Von 1911 bis 1914 war er nach längerer Tätigkeit im preußischen Eisenbahndienst technischer Sachverständiger beim Generalkonsulat in Newyork.

Dr. Brüning leicht erkrankt

Einer Fraktionssitzung des Zentrums war eine Beratung des Fraktionsvorstandes vorangegangen. Da Reichskanzler Dr. Brüning, auf dessen Teilnahme an der Sitzung der Vorstand Wert legte, infolge der Ereignisse der letzten Tage leicht erkrankt war, fand die Vorstandssitzung in der Reichskanzlei statt. Wegen der Indisposition Dr. Brünings konnte dieser auch von Papen nicht persönlich empfangen, der vormittags in der Reichskanzlei erschienen war und dann eine Unterredung mit Staatssekretär Dr. Pünder als Vertreter Dr. Brünings hatte.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages,

die am Mittwoch den ganzen Tag über Beratungen abgehalten hatte, nahm schließlich folgende Kundgebung an:

„Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat heute eingehende Berichte über die neugeschaffene politische Lage entgegengenommen. Die Vorgänge der letzten Tage, die zum Rücktritt des Kabinetts Brüning geführt und im Lande stärkstes Befremden hervorgerufen haben, fanden einmütige und schärfste Verurteilung.

Unmittelbar vor zielsicher vorbereiteten internationalen Verhandlungen haben leichtfertige Intrigen verfassungsmäßig unverantwortlicher Personen hoffnungsvolle Linien einer in großen Zusammenhängen eingeleiteten nationalen Aufbaupolitik jäh unterbrochen und den wirtschaftlichen und sozialen Existenzkampf aller Gruppen des deutschen Volkes wesentlich erschwert.

Die Deutsche Zentrumspartei hat im Laufe der Geschichte immer wieder unter Selbstaufopferung politische Verantwortung übernommen und getragen. Sie hat es getan im Zeichen einer christlich-nationalen Staatspolitik und einer moralischen Auffassung des öffentlichen Lebens. Indem wir uns erneut zu diesen staatspolitischen Grundlagen bekennen, verwerfen wir das monatelang geübte System unkontrollierbarer Treibereien und erklären, daß wir für alle hieraus sich ergebenden Erschwerungen unserer inneren Lage und äußeren Möglichkeiten jede Verantwortung ablehnen.

Das mit dem Kabinettsturz unterbrochene außen- und innenpolitische Gesamtwerk soll nunmehr politischen Experimenten ausgesetzt werden. Weil die Parteikräfte der Opposition sich weigern, politische Verantwortung mit zu übernehmen, werden Zwischenlösungen angestrebt. Solche Verlegenheitslösungen sind keine „nationale Konzentration". Sie bieten auch keinerlei Bürgschaft für die Fortführung einer Außen- und Innenpolitik, wie sie die Zeitumstände gebieterisch verlangen.

In einem Augenblick schwerster politischer Beunruhigung und politisch ungeeigneter Versuche hält es die Zentrumsfraktion für ihre Pflicht, eine Gesamtpolitik zu fordern, in der nationale Freiheit und Gleichberechtigung, entschlossener Kampf mit dem Kernproblem, der Arbeitslosigkeit, Sicherung unserer Währung, Erhaltung selbständiger Existenzen in Handwerk, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, die Gewährleistung sozialer Grundrechte und Fürsorgemaßnahmen und volkstümliche Siedlungspolitik Wesensbestandteile sind. Aus solcher Ueberzeugung heraus lehnt die Zentrumsfraktion die Zwischenlösung ab."

Die Veröffentlichung verzögerte sich, weil die Entschließung auch dem wegen eines alten Magenleidens bettlägerigen Parteiführer Dr. Kaas in die Wohnung gebracht und vorgelegt wurde.

Die SPD. in Opposition

Im Anschluß an die sozialdemokratische Fraktionssitzung am Mittwochvormittag gab die Fraktion folgende Erklärung ab: Der Sturz der Regierung Brüning, die außerhalb des Parlaments durch unverantwortliche Ratgeber des Reichspräsidenten herbeigeführt worden ist, eröffnet eine außerordentlich schwere innen- und außenpolitische Krise. Die Art der Bildung und der Zusammensetzung der Reichsregierung ist gegen das Volksinteresse und gibt keine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Sozialpolitik, insbesondere der Rechte der Arbeitslosen. Desgleichen ist die Führung einer Außenpolitik gefährdet, die zu einer Wiederherstellung des Vertrauens und der notwendigen internationalen Zusammenarbeit führt. **Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion,** entschlossen, gegen alle sozialreaktionären Anschläge, gegen alle inflationistischen Experimente und gegen alle Angriffe auf die Verfassung und die Demokratie den Kampf zu führen, **steht der sich bildenden Regierung mit schärfstem Mißtrauen gegenüber und wird daraus alle parlamentarischen Konsequenzen ziehen.**

Ein Aufruf der SPD.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

„Das neu zu bildende Kabinett nennt sich „Kabinett der nationalen Konzentration". In Wahrheit ist es ein „Kabinett der reaktionären Konzentration". Die übergroße Mehrheit der Kabinettsmitglieder entstammt dem Adel. Kein Arbeiter gehört dem Kabinett an. Auch der Mittelstand ist ausgeschaltet. Mit dem Sturz der Regierung Brüning soll die Bahn freigemacht werden für die Ersetzung der gesamten Arbeitslosenversicherung durch die Wohlfahrtspflege, für die Beseitigung eines bindenden Tarifvertragsrechtes, d. h. für die Herabsetzung der Löhne in größtem Maßstab.

Es ist bezeichnend, daß dieses Kabinett auf die Tolerierung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei spekuliert. Zu den Bedingungen der Nationalsozialisten gehört u. a. die Aufhebung des SA-Verbots, die Aufhebung aller Strafverordnungen gegen den politischen Terror und die baldige Neuwahl des Reichstages.

Jetzt ist der Augenblick gekommen, in dem die reaktionären Kräfte, die bisher alles Unglück auf das „System", auf die Demokratie, auf die Republik, auf den Sozialismus abgewälzt haben, selber die Verantwortung übernehmen müßten. Jetzt sollen die neuen Herren auf der Lausanner Konferenz zeigen, ob sie imstande sind, die Zerreißung des Versailler Vertrages und die Streichung aller Lasten zu ertrotzen. Jetzt sollen sie zeigen, ob sie die Steuerverordnungen usw. der Regierung Brüning aufheben werden."

Kein Mitglied der Bayr. Volkspartei kommt als Minister in Frage

Eine Fraktionssitzung der Bayerischen Volkspartei im Reichstag, die nach längerer Unterbrechung abends wieder aufgenommen worden war, endete, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, mit der Verkündung folgender Erklärung: „Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei nahm in ihrer Sitzung am 1. Juni einen ausführlichen Bericht des Fraktionsvorsitzenden über die gesamtpolitische Lage entgegen. Nach eingehender Aussprache wurde als einmütige Auffassung der Fraktion festgestellt, daß **für ein Mitglied der Bayerischen Volkspartei eine aktive Beteiligung an einem Uebergangskabinett von Papen nicht in Frage** kommt."

Staatsparteilicher Protest beim Reichspräsidenten

Die staatsparteilichen Reichstagsabgeordneten Dr. Weber und Dr. Meyer haben an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem sie darauf hinweisen, daß ihnen bei ihrem Empfang beim Reichspräsidenten am Dienstag die Absicht, ein „überparteiliches Kabinett" zu berufen, bekanntgegeben worden sei.

In dem Schreiben heißt es dann weiter: „Fast



Freiherr von Braun — Ernähr. und Landw.
General v. Schleicher — Wehrminister
Dr. Warmbold — Wirtschaftsminister
von Papen — Reichskanzler
Freiherr von Gayl — Innenminister
Eltz von Rübenach — Post und Verkehr

unmittelbar nach unserem Empfang in amtlich mitgeteilt worden, daß Herr von Papen den Auftrag zur Bildung einer „Regierung der nationalen Konzentration" erhalten hat. Nach den weiteren Nachrichten scheint es keinem Zweifel zu unterliegen, daß die Mitarbeiter des Herrn von Papen ebenso wie er selbst einem engeren politischen Kreis angehören werden, der von denjenigen Parteien, die bisher das Kabinett Brüning gestützt haben, scharf abgegrenzt ist. Wir haben hieraus den Eindruck gewonnen, daß offenbar in letzter Stunde die Absicht, ein überparteiliches Kabinett zu berufen, aufgegeben worden ist. Daher betrachten wir es, ohne der sachlichen Stellungnahme unserer Fraktion zu dem neuen Kabinett vorzugreifen, als unsere Pflicht, Ihnen, Herr Reichspräsident, die dringende Bitte zu unterbreiten, zu verhindern, daß ein solches Kabinett von amtlicher Seite als „Regierung der nationalen Konzentration" bezeichnet wird. Unmöglich kann es Ihrem Sinn entsprechen, nach den Erfahrungen des Weltkrieges eine Unterscheidung des deutschen Volkes in nationale und nichtnationale Kreise zu dulden; unmöglich kann von Ihnen als „Regierung der nationalen Konzentration" eine Regierung anerkannt werden, in der der überwiegende Teil der 19½ Millionen Deutschen, die sich vor wenigen Wochen unter Zurückstellung alles Parteimäßigen zu Ihrer Wiederwahl zum Reichspräsidenten entschlossen haben, keinen Vertrauensmann hat. Zu Ihnen, Herr Reichspräsident der sie stets zur Einigkeit aller Deutschen gemahnt haben, hegen wir das Vertrauen, daß Sie es nicht gestatten werden, daß von amtlicher Seite durch die vorerwähnte Bezeichnung des neuen Kabinetts einem Teil des deutschen Volkes die nationale Gesinnung unmittelbar abgesprochen und damit eine Erbitterung erzeugt wird, aus der in der jetzigen Zeit schwerster Krisis die stärksten Gefahren für Reich und Volk drohen müssen."

Hindenburg, Brüning und von Papen

Aus deutschen Blättern

Im **„Völkischen Beobachter"** beschäftigt sich Alfred Rosenberg in einem Artikel unter der Ueberschrift „Die Hetze gegen Hindenburg beginnt" mit dem Rücktritt des Kabinetts Brüning und schreibt u. a.: Während aller vergangenen Wahlkämpfe haben wir immer wieder festgestellt, daß der schwarz-rote Block Hindenburg ja nur als Kandidaten proklamiert hatte in der festen Ueberzeugung, daß der Feldmarschall als Reichspräsident auch weiterhin alle Verordnungen der Zentrumherren unterschreiben würde, wie er es leider seit dem Young-Plan unter Berücksichtigung der sogenannten parlamentarischen Mehrheit bisher noch glaubte tun zu müssen. Nun hat in allen diesen Jahren Hindenburg einmal dem Kanzler nicht zugestimmt, der während des Wahlkampfes amtlich hatte dementieren lassen, daß neue Notverordnungen kommen würden, und nun den Reichspräsidenten zu immer weiteren Gehaltskürzungen und schwersten finanziellen Belastungen veranlassen wollte. Und sofort sehen wir, daß schon am ersten Tage nach dem notwendig gewordenen Rücktritt Brünings die Systempresse in eindeutiger Weise gegen Hindenburg Stellung nimmt. Das Ganze ist ein außerordentlich bezeichnendes Bild des Charakters jener Systemparteien, der Hindenburg heute hoffentlich vollkommen offenbar wird. Wir knüpfen eine zweite Hoffnung daran, daß der Reichspräsident nunmehr entschlossen mit der erwachenden deutschen Nation geht und mit Adolf Hitler jenes Bündns schließt, das notwendig ist zur Rettung des deutschen Volkes. Zur Beauftragung des Herrn von Papen mit der Regierungsbildung und der Ministerliste schreibt der „Völkische Beobachter": Es ist selbstverständlich, daß dieses Kabinett nur als Uebergangslösung zu betrachten ist. Die Hauptaufgabe der neuen Regierung wird sein, den Reichstag aufzulösen, um durch Neuwahlen klarere Machtverhältnisse zu schaffen. Die Berechtigung dieser nationalsozialistischen Forderungen wird zweifellos in den an der Regierungsbildung beteiligten Kreisen eingesehen, ebenso die Notwendigkeit der Aufhebung der SA.-Verbote. Die **„Germania"** nennt die Betrauung von Papens mit der Regierungsbildung eine „Zwischenlösung". Die Haltung des Zentrums gegenüber der jetzt versuchten oder einer andersgearteten Regierungsbildung ergebe sich klar aus der besonderen Zweckbestimmung des neuen Kabinetts und auch aus der Vorgeschichte der Krise. Die Zentrumspartei werde in der kommenden Regierung, wie immer auch sie aussehen möge, nicht vertreten sein. Sie werde zu der sachlichen Arbeit des neuen Kabinetts sachlich Stellung nehmen und unter diesem Gesichtspunkt jeweils ihre Entscheidungen treffen. Zum Schluß sagt das Blatt, daß die Mitteilung, von Papen werde, falls er das Reichskanzleramt endgültig übernehmen sollte, aus der Zentrumspartei ausscheiden, bis zur Stunde noch nicht bestätigt sei. Die **„Vossische Zeitung"** meint, die Betrauung Papens werde als ein Schlag gegen das Zentrum empfunden. Die neue Regierung habe auf keinerlei Entgegenkommen des Zentrums zu rechnen, nicht einmal auf ein passives Verhalten. Die **„Deutsche Allgemeine Zeitung"** glaubt, daß die Aussichten für das neue Kabinett an sich ganz günstig seien, da die Tolerierung durch die Nationalsozialisten als gesichert betrachtet werden könne und das Zentrum kaum in der Lage sei, zur offenen Opposition überzugehen. Das Blatt berichtet in diesem Zusammenhang, daß von nationalsozialistischer Seite die Anregung gegeben worden ist, den Etat noch durch das Parlament zu verabschieden, was im Eiltempo geschehen könnte, sobald sich eine Mehrheit für die Unterstützung dieser sachlichen Regierungsarbeiten zusammenfinde. Sei dies nicht der Fall, dann werde der Reichstag sofort aufgelöst. **„Lokalanzeiger"** und **„Tag"** betonen, daß die Parteien der bisherigen Opposition, also in erster Linie die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten, offiziell mit der Bildung dieses Kabinetts nichts zu tun haben. Von ihren Stimmen hänge die Mehrheit des Kabinetts ab. Die Entscheidung sei noch nicht getroffen, Zusagen seien von beiden Seiten noch nicht gegeben. Der **„Vorwärts"** bezeichnet Papen als einen „Rebellen im Zentrum", der sich seit zehn Jahren bemüht habe, das Zentrum zu konservativen Diktaturgedanken hinzudrängen. Was hier konzentriert werde, sei nicht die Nation, es seien vielmehr konservativ-reaktionäre Kräfte, kleine, aber mächtige Gruppeninteressen, deren Ueberwiegen eine Gefahr für die Interessen des Volkes und seiner Wirtschaft bedeute. Hier werde konzentriert der Wille zum Abbau der Sozialpolitik. Die **„Kölnische Volkszeitung"** schreibt u. a.: Es ist selbstverständlich, daß von Papen nicht im Einverständnis oder gar im Auftrage der Leitung der Zentrumspartei handelt. Nach der Behandlung, die Brüning erfahren hat und nach den Aufgaben, die der neuen Regierung zugewiesen werden sollen, hätte für jeden Zentrumsmann die Antwort auf die Frage, ob er die Neubildung der Regierung übernehmen wolle, in einem einfachen und unzweideutigen „Nein" bestehen müssen. In der Zentrumswählerschaft wird man kein Verständnis dafür aufbringen, daß sich ein Parteiangehöriger bereit findet, das Erbe Brünings anzutreten. Was jetzt unternommen wird, ist nichts Halbes und nichts Ganzes. Es ist eine Verlegenheitslösung ersten Ranges, die weitere Verlegenheiten zwangsläufig mit sich bringen muß. Das Zentrum lehnt die verantwortliche Zeichnung für dieses Unternehmen ab. Im ganzen bleibe nur zu sagen, daß von allen Ueberraschungen die Beauftragung von Papens die größte und leider auch die peinlichste ist.

Die Beurteilung in Paris

„Petit Parisien" ist der Ansicht, das Kabinett von Papen werde weniger eine Rechtsregierung als eine stark nach rechts orientierte Regierung sein. Es sei dazu bestimmt, den Uebergang zwischen der politischen Formel Brünings und der künftigen Formel Hitlers zu bilden. Man habe mit größter Schnelligkeit gehandelt, um die Beunruhigung, die in Paris, London und Washington zum Ausdruck gekommen war, zum Schweigen zu bringen und auf diese Weise eine mögliche Vertagung der Lausanner Konferenz zu vermeiden. Es handle sich also um ein Präsidentschafts- und Uebergangskabinett. **„Echo de Paris"** behauptet, durch das neue Kabinett werde eine Militär- und Bürokratie-Diktatur organisiert. Letzten Endes, schreibt das Blatt, sei es aber gut, daß die Maske falle. Die Ruhe Europas könne durch den Sturz Brünings nur gewinnen, wenn Frankreich etwas klar blicke und Entschlußkraft wiederfinde. **„Populaire"** spricht von einer militärischen und aristokratischen Regierung des alten Regimes, die die laufenden Angelegenheiten bis zur Machtübernahme Hitlers zu erledigen haben werde.

L'Information über von Papen

In der Pariser „L'Information" schreibt Fernand de Brinon, es wäre eine neue Illusion, etwa schon jetzt zu behaupten, daß die Regierung von Papen keine Autorität haben werde, um Deutschland auf den großen wirtschaftlichen Konferenzen zu vertreten. von Papen sei der Typ eines deutschen Konservativen; er sei von Anfang an Mitglied des deutsch-französischen Studienausschusses gewesen und keineswegs ein Gegner Frankreichs, als den schlecht unterrichtete und infolgedessen übelwollende Leute ihn hinstellen wollten. Seine Haltung bezüglich der deutsch-französischen Beziehungen werde sich von der Brünings nicht unterscheiden. Er werde im Interesse beider Nationen eine Verständigung wünschen, natürlich zunächst zugunsten Deutschlands, das der hauptsächlich fordernde Teil sei. Er werde die völlige endgültige Streichung der Reparationszahlungen verlangen. Bisher habe von Papen hinsichtlich aller dieser Punkte in bekannter Weise, und zwar nicht wie ein Kriegshetzer, Stellung genommen.

In der englischen Presse

finden wir Aeußerungen der Berliner Korrespondenten. Von ihnen wird übereinstimmend das neue Kabinett in der bisher bekannt gewordenen Zusammensetzung als ein reines Uebergangskabinett bezeichnet, dessen Hauptaufgabe die Herbeiführung von Neuwahlen zum Reichstag sei. Der Berliner **„Times"**-Korrespondent hebt als besonders bemerkenswert hervor, daß von Papen durch seine Bemühungen hervorgetreten sei, auf Grund seiner Beziehungen zu den katholischen Kreisen Frankreichs eine Besserung des deutsch-französischen Verhältnisses herbeizuführen. Weiter bezeichnet es der Korrespondent als ein besonderes Merkmal des in Bildung begriffenen Reichskabinetts, daß es in ungewöhnlichem Maße von Parteibindungen frei sei. In einem Aufsatz im **„News Chronicle"** heißt es: Jedermann weiß, daß die Reparationsforderungen nichtig sind, und daß Deutschland in einigen Jahren aufgerüstet haben wird, wenn die anderen Nationen nicht abrüsten. Die einzige Frage ist, ob die Politiker der verschiedenen Länder diese Dinge als Tatsache anerkennen und eine kluge und versöhnliche Politik auf ihnen aufbauen werden, oder ob sie das jetzige Elend und die Unruhe der Welt für unbegrenzte Zeit verlängern wollen. Hierüber werden Lausanne und Genf entscheiden. Verschiedene Blätter heben die Ruhe hervor, mit der in Frankreich die letzten Ereignisse in Deutschland aufgenommen worden seien.

Die offiziöse „Gazeta Polska"

erklärt, ob in Berlin jetzt noch einmal eine Verschleierung der eigentlichen Ziele der deutschen Politik erfolgt oder ein Uebergang zu brutalerer Taktik, sei für Polen ohne Belang. Es wäre das Zweckdienlichste, wenn die Nebelschleier sich bald ganz auflösten und Adolf Hitler ans Steuer des Reiches träte.

Aus Washington und Newyork

wird berichtet: **In Washingtoner Amtskreisen** lehnt man jeden Kommentar über die Ereignisse in Deutschland ab; man erklärte im Staatsdepartement, es sei nur natürlich, daß man derartig hochpolitische Entwicklungen, wie sie in dem befreundeten Deutschland zur Zeit vor sich gehen, naturgemäß mit Interesse verfolge, daß man sich aber jeder Einmischung in deutsche innere Angelegenheiten selbstverständlich enthalte. Den Reichskanzler Brüning habe man hoch geschätzt und bedaure sein Ausscheiden. Man erwarte jedoch nicht, daß die neue Regierung in der deutschen Außenpolitik einschneidende Aenderungen vornehmen werde. Der Schwerpunkt des europäischen Handelns liege jetzt mehr denn je in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, und man hoffe sehr, daß Lausanne eine Einigung bringen werde. Amerika werde seine Politik wohlwollender Neutralität beibehalten und sich an den dortigen Verhandlungen nicht beteiligen. **Die Newyorker Blätter** befassen sich ausführlich mit der Kabinettsbildung in Deutschland und erinnern dabei an die Abberufung von Papens von seinem Posten als Militärattachee in Washington im Jahre 1916. **„Herald Tribune"** schreibt in ihrem Leitartikel, die einzig billige Erklärung, die sich für die Wahl von Papens als Kanzler finden lasse, sei die, daß Reichspräsident von Hindenburg die innere Unruhe in Deutschland für eine weit größere Bedrohung halte als irgendein Problem der Außenpolitik.

Schließung der Zigarrenfabrik Henry Clay?
Wie Havas aus Havanna meldet, soll die bekannte Zigarrenfabrik Henry Clay die Schließung ihrer Fabrik planen. Dadurch würden 20 000 Arbeiter brotlos werden.

Das einzig Richtige

Deutschlands Vertreter stellt die Mitarbeit im Luftfahrt-Unterausschuß ein

Der Unterausschuß des Luftfahrtausschusses trat zur Beratung eines französischen Entschließungsentwurfes, in dem der Angriffscharakter der Flugzeuge auf Grund ihrer Wirksamkeit gegen die nationalen Festungen beurteilt werden soll, zusammen. Nach diesem Kriterium würden fast sämtliche Militärflugzeuge überhaupt keinen Offensivcharakter haben.

Da der französische Vertreter es mehrfach ablehnte, in seinem Entschließungsentwurf die Vorbehalte der deutschen Delegation aufzunehmen, die vom Standpunkt der abgerüsteten Länder gestellt werden, verzichtete der deutsche Delegierte auf weitere Mitarbeit in diesem Unterausschuß und behielt sich einen Generalvorbehalt zu der französischen Resolution vor.

Starke Gegensätze in der Frage der Tanks

Im Landrüstungsausschuß der Abrüstungskonferenz wurde die Diskussion über die Kampf- und Tanks- und Panzerwagen fortgesetzt.

Von deutscher, italienischer, amerikanischer und russischer Seite wurden im Gegensatz zu der französischen und englischen Auffassung

die Arbeiten der technischen Sachverständigen sehr scharf kritisiert.

Der französische Vertreter lobte die Arbeit der Sachverständigen und verteidigte

die französische These zur Beibehaltung der Tanks.

Die Tanks würden, so führte der französische Vertreter weiter aus, auch zur Humanisierung des Krieges beitragen, indem sie Menschen ersparten und dadurch schützten.

Der deutsche Vertreter, Gesandter Freiherr von Weizsäcker, kritisierte die Arbeit der Sachverständigen, die völlig unbefriedigend sei. Er wies auf den Artikel 171 des Versailler Vertrages hin, in dem Deutschland sämtliche Tanks und Panzerwagen mit Hinweis auf ihre besondere Gefährlichkeit verboten worden seien und vertrat wiederum die deutsche These auf völlige Abschaffung der Tanks.

Der Vertreter der Vereinigten Staaten bedauerte in sehr scharfen Worten, daß es dem Sachverständigenkomitee noch nicht gelungen sei, den Unterschied zwischen Tanks und Panzerwagen festzustellen, was doch jedes zehnjährige Kind ohne weiteres könnte. Der Mann auf der Straße sei der verworrenen Diskussionen der Sachverständigen, die nur dazu dienten, den Gedanken der qualitativen Abrüstung zu kompromittieren, müde.

Der Vertreter der Sowjetunion machte einen praktischen Vorschlag, dem sich u. a. die deutschen und italienischen Vertreter anschlossen, nämlich, daß alle Tanks und Panzerwagen speziell offensive Waffen seien und für die Zivilbevölkerung besonders bedrohlich.

*

Im Chemischen Ausschuß einigte man sich auf die

vollkommene Abschaffung der chemisch-bakteriologischen Waffen,

der Brandgeschosse und der Flammenwerfer.

von Hoesch unterrichtet Herriot über die Lage in Deutschland

Botschafter von Hoesch hatte eine Unterredung mit dem Führer der Radikalen Partei, Abg. Herriot.

Das Contibüro bemerkt dazu: Bei der Unterredung, die auf Herriots Wunsch erfolgte, dürfte es sich für Herriot darum gehandelt haben, sich über die Lage in Deutschland aufklären zu lassen. Diese Aufklärung ist sehr nötig; denn was in den letzten 48 Stunden der französischen Presse an Meldungen aus Berlin zugeht, verdient, in weniger nervösen Zeiten einmal nachgeprüft zu werden. Herriot scheint dies empfunden zu haben, und deshalb hat er sich in ruhiger Sachlichkeit mit dem deutschen Botschafter unterhalten. Es darf angenommen werden, daß er jetzt unterrichtet ist und sein Urteil nicht auf tendenziösen Darstellungen aufbaut.

Staatsrat gegen Staatsregierung

Der Preußische Staatsrat nahm am Mittwoch eine Entschließung seines Verfassungsausschusses an, die sich gegen die

mangelnde Zusammenarbeit der Regierung mit dem Staatsrat

wendet. Es wird betont, daß der Staatsrat Anspruch auf eine dauernde zusammenhängende Darlegung nicht nur über einzelne Akte der Gesetzesgebung und Verwaltung habe, sondern über die Führung der Staatsgeschäfte. Der Staatsrat hielt die Form regelmäßiger mündlicher Berichterstattung durch die Staatsregierung für gegeben und wird erneut in Verhandlungen mit der Staatsregierung über eine befriedigende Vereinbarung treten.

Der Staatsrat befaßte sich dann mit der Verordnung zur

Verlängerung und Aenderung des preußischen Finanzausgleichgesetzes.

Es wurde einstimmig ein Ausschußantrag angenommen, wonach sich der Staatsrat mit dieser Verordnung nicht einverstanden erklären kann. Die Beeinträchtigung der Gemeinden und Gemeindenverbände durch die Verordnung wiege umso schwerer, als sich auch eine Reihe anderer Gesetzesbestimmungen und Verwaltungsmaßnahmen in einer einseitigen Entlastung des preußischen Haushaltes zu Ungunsten der Gemeinden auswirke. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Staatsregierung mit Nachdruck die Bearbeitung eines gerechten Finanz- und Lastenausgleichs betreibe.

Nachprüfung der Angelegenheit Daubmanns

Die badische Regierung hat, einer Aufforderung des Auswärtigen Amtes entsprechend, einen protokollarischen Bericht über die Angelegenheit des aus französischer Gefangenschaft dieser Tage zurückgekehrten Kriegsteilnehmers Daubmann nach Berlin gesandt. Von unterrichteter Seite wird dazu mitgeteilt, daß das Ermittlungsergebnis an die französische Regierung weitergeleitet werden soll mit der Bitte, zu einzelnen Punkten des Ergebnisses Stellung zu nehmen und verschiedene Fragen zu beantworten.

Tarifvertragliche Neuregelung im Baugewerbe

Im Baugewerbe ist die tarifvertragliche Neuregelung der Löhne durchgeführt. Von den für 33 Vertragsgebiete gefällten einzelnen Schiedssprüchen sind 27 von den Tarifparteien angenommen und sechs durch den Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Die letzterer betreffen die Bezirke Westdeutschland, Westfalen-Ost und Lippe, Braunschweig, Rheinland und Görlitz.

Der Kampf um das englische Kohlengesetz

Das Unterhaus nahm die Kohlen-Gesetzesvorlage in zweiter Lesung an, nachdem zuvor ein Abänderungsantrag der Arbeiterpartei mit 391 gegen 58 Stimmen abgelehnt worden war.

*

Die von dem Bergarbeiterverband einberufene Konferenz der Vertreter sämtlicher Kohlengruben hat einstimmig eine Entschließung angenommen, die die Regierungsgesetzgebung über den Kohlenbergbau als ungerecht verurteilt. Die Konferenz hat den Vollzugsausschuß beauftragt, Abänderungsanträge zu stellen, die den Gesetzentwurf den Forderungen der Bergarbeiter und den Bedürfnissen der Industrie besser anpassen.

Probleme des Fernen Ostens

Wie wird Schanghai verwaltet?

Die Vereinigung britischer Staatsangehöriger in Schanghai hat gefordert, daß eine Konferenz am Runden Tisch einberufen werde, um die schwebenden Fragen der Verwaltung von Schanghai zu lösen. Diese Resolution, die dem englischen Generalkonsul überreicht worden ist, ist von den Handelskammern Englands, Amerikas, Frankreichs, Italiens und Hollands sowie von der allgemeinen Handelskammer unterzeichnet worden.

Eine neue chinesische Eingabe an den Völkerbund

Die chinesische Delegation in Genf hat an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Memorandum gerichtet, in dem die Aufmerksamkeit des 19er-Komitees und der außerordentlichen Völkerbundsversammlung auf die letzten Entwicklungen in der Mandschurei gelenkt wird. In dem Memorandum heißt es u. a., daß sich durch ständigen Zuzug neuer japanischer Truppen die Lage in der Mandschurei verschärft habe und zu neuen Verwicklungen Anlaß geben könnte. Japan, so heißt es weiter, verletze fortwährend die Resolution sowohl des Völkerbundsrates als auch der Versammlung.

Die gestrige Landtagssitzung

Die Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung

Der Preußische Landtag ist auf Grund der

Anordnungen des Präsidenten Kerrl

bereits von Mittwoch vormittag ab

außerordentlich stark gesichert

worden durch Doppelposten von Beamten des Hauses an jeder Eingangspforte. Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. meldet, hat der Präsident angeordnet, daß

die Tribünenbesucher auf Waffen durchsucht

werden, um auch dadurch etwaige Störungsversuche, wie sie sich in der letzten Plenarsitzung anläßlich der schweren Schlägerei ereigneten, von vornherein zu unterbinden. Der Präsident hat weiter in einem Schreiben an die kommunistische Fraktion das Verlangen der Kommunisten

abgelehnt, die strengen Absperrvorschriften zu mildern.

Es bleibt also dabei, daß für die nächsten Tage jedenfalls Abgeordnete keine Besucher einführen dürfen und auch sonst scharfen Kontrollbestimmungen unterworfen sind. Mit Genehmigung des Präsidenten hält sich im Preußischen Landtag auch die sogenannte

Hauswache

auf, die aus Kriminalpolizeibeamten besteht. Der Polizeipräsident von Berlin hat für den äußeren Schutz des Parlamentsgebäudes in der üblichen Weise durch

Schutzpolizeipatrouillen

gesorgt. Ein größeres Kontingent von Schutzpolizei ist in einem Hof in der Nähe des Landtagsgebäudes bereitgestellt.

Im Aeltestenrat machte

Präsident Kerrl

den Abgeordneten Mitteilung von den Maßnahmen, die er zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Hauses getroffen habe. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Maßnahmen ausreichend sein würden und betonte, daß

er sich voll verantwortlich fühle für die Sicherheit der Abgeordneten und die Würde des Hauses.

Zu den getroffenen Maßnahmen gehört, wie sich in der Aeltestenratssitzung ergab, auch die Bestellung einer

Landtagswache.

Ein kommunistischer Vertreter fragte, ob es sich hier um eine von den Nationalsozialisten gestellte Wache handele, oder welche Personen sonst die Wache darstellten. Präsident Kerrl teilte mit, es handele sich um

Schutzpolizeibeamte in Zivil,

die er vom zuständigen Polizeirevier angefordert hätte. Auf die Bemerkung der Kommunisten: „Also die Systempolizei des Herrn Weiß" erwiderte Abg. Kube (Nat.-Soz.), man könne dem Präsidenten nur dankbar sein, daß er sich an die ordentlichen Behörden halte. Er wisse nicht, ob die Kommunisten besonders froh wären, wenn an Stelle des Herrn Weiß jemand anders über die Polizei verfügen könnte.

Ferner teilte der Präsident mit, daß er in Zukunft

das Klatschen nicht beanstanden

werde, eine Neuerung, gegen die vom Zentrum und von den Sozialdemokraten gewisse Bedenken erhoben wurden.

In der Aussprache protestierten besonders die Kommunisten grundsätzlich gegen die vom Präsidenten verfügten Absperrungsmaßnahmen. Auch die Vertreter der übrigen Parteien äußerten den Wunsch, daß den Abgeordneten Gelegenheit gegeben werde, Besucher zu empfangen, wenn man die Verbindung von Abgeordneten und Wählern im Parlamentsgebäude nicht gänzlich unterbrechen könne. Präsident Kerrl sagte gewisse Erleichterungen zu und erklärte im übrigen, er nehme an, daß ohnehin kein Anlaß bestehen werde, diese Absperrungen längere Zeit aufrechtzuerhalten.

Bei den Verhandlungen über

die Geschäftslage des Hauses

wurde vorläufig vereinbart, sofort im Plenum die politische Debatte zu beginnen und sie mit dreistündiger Redezeit für die Fraktionen bis Freitag zu Ende zu führen.

Am Freitag würden die Abstimmungen erfolgen.

Obwohl der Aeltestenrat nach der Plenarsitzung nochmals über die weitere Geschäftslage verhandeln will, verlautete doch schon auf der Vormittagssitzung, daß der Landtag sich am Freitag bis zum 21. Juni vertagen wolle mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen in Hessen. Denn die

Wahl des Ministerpräsidenten

soll nach Vorschlägen der Nationalsozialisten

erst nach der Hessenwahl

auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Kommunisten behielten sich hierzu ihre Entscheidungen vor, während die übrigen Parteien sich einverstanden erklärten.

Wie das VdZ.-Büro weiter hört, kündigten die Sozialdemokraten im Aeltestenrat an, daß der bei den Schlägereien erheblich verletzte sozialdemokratische Abgeordnete

Jürgensen den preußischen Fiskus, vertreten durch den Präsidenten des Landtages, auf Schadenersatz verklagen

wolle, um durch ein grundsätzliches Urteil feststellen zu lassen, daß der Präsident des Hauses für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Landtag auch die zivilrechtliche Verantwortung trage.

Die Plenarverhandlungen

wurden am Mittwochnachmittag fortgesetzt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt Abg. **Borck** (Dn.), daß zwei Anträge seiner Fraktion mit der politischen Aussprache verbunden werden. Der eine der Anträge spricht von der Verhetzungsarbeit der sozialdemokratischen Freidenkerverbände (Unterbrechung und Zurufe bei den Soz.: „Unerhört!"). Der zweite Antrag verlangt die Sicherung der christlichen Schulerziehung durch die Vorlegung eines entsprechenden Reichsschulgesetzes.

Da von den Kommunisten Widerspruch gegen die Beratung der Anträge erhoben wird, kann dem deutschnationalen Wunsch nicht stattgegeben werden.

Abg. **Casper** (Komm.) wendet sich in einer scharfen Erklärung, die wiederholt von kommunistischen Protestkundgebungen unterstrichen wird, gegen die Abstimmungsmaßnahmen des Landtagspräsidenten. Was die Waffenkontrolle bei den Besuchern angehe, so habe nur noch gefehlt, daß das Publikum in Zukunft in der Badehose erscheinen müsse. (Heiterkeit.)

Der Redner beantragt sofortige Entfernung der Polizei aus dem Hause.

Präsident Kerrl erwidert, der kommunistische Antrag richte sich gegen Maßnahmen des Präsidenten, über die das Haus nicht abstimmen könne.

Anträge gegen die Polizei

Abg. **Kube** (Nat.-Soz.) nimmt bezug auf die Zusammenstöße beim Aufzug der Marinewache und beantragt: Der Landtag wolle beschließen:

1. Der schuldige Berliner Polizeipräsident Grzesinski wird sofort entlassen.
2. Der verantwortliche Polizeikommandeur Heimannsberg wird sofort vor ein Disziplinargericht gestellt.
3. Die schuldigen Offiziere und Mannschaften werden sofort des Dienstes enthoben und vor einen preußischen Richter geführt.

Der Antrag wird mit der politischen Aussprache verbunden.

Auf Antrag der Nationalsozialisten werden zwei Untersuchungsausschüsse mit je 27 Mitgliedern eingesetzt, die Beschwerden über die preußische Polizei und Rechtspflege nachprüfen sollen.

Ein nationalsozialistischer

Antrag auf Aufhebung von Strafverfahren

gegen nationalsozialistische Abgeordnete wird zur Vorberatung dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Zur Beratung stehen dann kommunistische

Anträge auf Aufhebung der Kürzungen der Wohlfahrts- und sonstigen Unterstützungen, sowie auf Durchführung von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung.

Abg. **Schwenk** (Komm.) begründet die Anträge. Ueberall im Lande wachse die Empörung der Massen gegen die Not und Bedrückung. Die nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungspläne hätten nur den Sinn, den Unternehmer zu schützen.

Abg. **Frau Hanna** (Soz.) tritt für Arbeitszeitkürzung ein und betont, daß man mit dem Geschrei von einer bevorstehenden Inflation nicht einfach alle Geldbeschaffungspläne abtun könne, die, wie die Idee einer Prämienanleihe, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gelten. Das Arbeitslosenproblem sei international. Es müsse eine deutsche Regierung, die die Erwerbslosigkeit bekämpfen wolle, auch im Auslande Vertrauen haben.

Abg. **Lohse** (Nationalsoz.) erklärt kurz, daß die Nationalsozialisten die Anträge zur Erwerbslosenfrage für so bedeutungsvoll hielten, daß sie sie nicht in einer Sonderaussprache, sondern in Verbindung mit der Kritik an der Politik der bisherigen Regierung im Rahmen der politischen Aussprache erörtern wollten.

Abg. **Hebborn** (Zentr.) bedauert die Kürzung der Unterstützungssätze. Die Mittel für die Aermsten der Armen müßten auch in dieser Zeit unter allen Umständen beschafft werden. Die Gemeindefinanzen sind durch die Wohlfahrtsausgaben völlig ruiniert worden. Wir müssen uns klar sein, daß Notstandsarbeiten sehr viel teurer kommen, als die Unterstützung der Erwerbslosen. Vor allem sollten bei der Arbeitsbeschaffung solche Arbeiten bevorzugt werden, bei denen möglichst viel Handarbeiter beschäftigt werden können wie beim Wohnungsbau, Landgewinnung, Kanalbauten usw. Wenn Privatunternehmer solche Bauten ausführen, müssen ihnen Kreditерleichterungen gewährt werden, besonders den Klein- und Mittelbetrieben. Es hat sich herausgestellt, daß Klein- und Mittelbetriebe gegenüber den Krisenerscheinungen widerstandsfähiger sind als Großbetriebe. An der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit werden wir nicht vorbeikommen. Durch Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes ist es sehr wohl möglich, diese Leute in produktive Arbeit zu bringen.

Abg. **Koenen** (Komm.) erklärt, die Steigerung der Arbeitslosigkeit jetzt im Frühjahr sei der völlige Bankrott der bisherigen Politik des Zentrums und der Sozialdemokraten. Durch Lohnabbau könne man die Kaufkraft nicht steigern. Die ganze Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung stehe nur auf dem Papier. Als der Redner die Sozialdemokraten „bewußte Betrüger der Arbeiterschaft" nennt, wird er vom Vizepräsidenten **Wittmaack** zur Ordnung gerufen.

Abg. **Rüffer** (Dn.) betont, erhabe schon vor elf Jahren Vorschläge zur Behebung und Linderung der Arbeitslosigkeit gemacht, die vor allem auf die Arbeitsdienstpflicht abzielten. Hätte man sie verwirklicht, dann wäre die Arbeitslosigkeit nicht so groß geworden. Der Redner spricht von der Schuld des November-Systems an der Erwerbslosigkeit und am finanziellen und politischen Zusammenbruch. Bei den Maßnahmen gegen die Erwerbslosigkeit müsse man vor allem gegen den Versailler Vertrag vorgehen. Unsere finanzielle Auspressung müsse ein Ende haben. Sodann müsse die Landwirtschaft wieder rentabel gemacht werden.

Die kommunistischen Anträge, die der Debatte zugrunde lagen, gehen an den Hauptausschuß. Der nationalsozialistische Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Dann vertagt sich das Haus auf Donnerstag.

Der Aeltestenrat

trat nach dem Plenum nochmals zu einer kurzen Sitzung zusammen. Nach dem Beratungsplan wird die am Donnerstag beginnende politische Aussprache voraussichtlich bis Freitag beendet werden und durch die Abstimmungen am Freitagnachmittag ihr Ergebnis finden. Der Landtag wird sich dann bis Dienstag, 21. Juni, vertagen.

Der Rechtsausschuß

beschloß, seine Verhandlungen am Dienstag kommender Woche zu beginnen. Zur Beratung stehen zunächst die Amnestieanträge der Nationalsozialisten und Kommunisten, sowie die Anträge auf Freilassung des Bauernführers Claus Hein. Im übrigen sind in den zehn Tagen seit Beginn der neuen Wahlperiode bereits

annähernd 400 Eingaben

dem Landtage zugegangen, mit denen sich der Rechtsausschuß in der nächsten Zeit gleichfalls zu beschäftigen haben wird.

Das Zentrum fordert Ersatz der Sachschäden durch die an der Schlägerei Beteiligten

Im Preußischen Landtag ist auch ein Antrag der Zentrumsfraktion eingegangen, der den Präsidenten des Landtages ersuchen will, die aus der Schlägerei im Landtag am 25. Mai entstandenen [illegible] umgehend festzustellen und sie anteilmäßig auf die beteiligten Abgeordneten der Nationalsozialisten und der Kommunisten umzulegen.

Anträge über die Flaggen-Frage

Die deutschnationale Fraktion hat in einer Reihe von Uranträgen die Flaggenfrage aufgerollt. Der eine der Anträge will die Staatsregierung und alle staatlichen und kommunalen Behörden verpflichten, künftig jede Veranstaltung von Verfassungsfeiern am 11. August zu unterlassen, „da diese Feiern auf keiner reichs- oder staatsgesetzlichen Grundlage beruhen und lediglich parteipolitischen Zwecken dienen." Auch eine Beflaggung von Dienstgebäuden oder Schulfeiern usw. solle am 11. August nicht mehr geduldet werden. Ein weiterer Antrag schlägt einen Gesetzentwurf zur Flaggenfrage vor, wonach staatliche Gebäude, die Sitz einer Behörde sind, nur in den preußischen Farben Schwarz-Weiß flaggen sollen. Am Jahrestage der Reichsgründung, am 18. Januar, seien neben den preußischen Farben die Farben der Tradition der Reichsgründung Schwarz-Weiß-Rot zu setzen. Die Gebäude des Landtages und des Staatsrates sollten an den Arbeitstagen der Parlamente die preußischen Landesfarben setzen. Im übrigen soll die Beflaggung Angelegenheit der Selbstverwaltung sein. Schließlich verlangt ein deutschnationaler Antrag die Aufhebung des bestehenden Gesetzes über das Flaggen durch Körperschaften des öffentlichen Rechtes.

Die Reichsfinanzen im Rechnungsjahr 1931

Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums war am Ende des Rechnungsjahres 1930 beim ordentlichen Haushalt ein Fehlbetrag von 1190 Millionen RM. vorhanden, von dem im Rechnungsjahre 1931 durch die außerordentliche Schuldentilgung 420 Millionen RM. abgedeckt worden sind. Das Rechnungsjahr 1931 bleibt somit mit einem Fehlbetrag aus 1930 in Höhe von 770 Millionen RM. belastet, wozu ein neu entstandener Fehlbetrag von 449,1 Millionen RM. tritt, der sich aus einer Mindereinnahme von 115,7 und einer Mehrausgabe von 333,4 Millionen RM. zusammensetzt.

Beim außerordentlichen Haushalt betrugen im Rechnungsjahre 1931 die Einnahmen 21,7 und die Ausgaben 178,7 Millionen RM. Die Ausgaben überstiegen also die Einnahmen um 151,6 Millionen RM. Einschließlich früherer Fehlbeträge fehlte Ende 1931 beim außerordentlichen Haushalt noch Deckung für insgesamt 470,9 Millionen RM.

Da in absehbarer Zeit mit einer Anleihe, bei der dieser Betrag in Rest zu stellen gewesen wäre, in dieser Höhe nicht gerechnet werden kann, ist der gesamte Fehlbetrag des außerordentlichen Haushalts Ende 1931 auf den ordentlichen Haushalt übernommen worden, so daß sich ein

Gesamtfehlbetrag von 1690,0 Millionen RM. für den Schluß des Rechnungsjahres 1931

ergibt, der nach den Vorschriften der Reichshaushaltsordnung im Jahre 1933 abzudecken ist, wenn nicht etwas anderes bestimmt wird.

Die Rückzahlung an Hauszinssteuerhypotheken

Wie bekannt geworden ist, tritt in der letzten Zeit auf Seiten der Schuldner von sogenannten Hauszinssteuerhypotheken in stärkerem Maße die Absicht hervor, solche Hypotheken abzulösen, um auf diese Weise von den damit übernommenen Bindungen freizukommen.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einem gemeinsamen Runderlaß des preußischen Wohlfahrtsministers und des preußischen Finanzministers entnimmt, erklärten die Minister sich damit einverstanden, um die bestehenden Rückzahlungsabsichten zu fördern, daß bei Anträgen auf Rückzahlung der Hauszinssteuerhypotheken von einer Nachzahlung von Zinsen, soweit diese in der Vergangenheit nach einem geringeren Satze als 3 v. H. erhoben worden sind, abgesehen wird.

Polizei muß immer wieder eingreifen

Tumulte in Friedrichsfeld

In Friedrichsfeld kam es zu einem Streik der Fürsorgepflichtarbeiter, da die Forderung der Arbeiter auf erhöhte Zuwendungen von 5 Mark für Verheiratete und 3 Mark für Ledige pro Woche als Entgelt für Arbeitsleistung nicht bewilligt werden konnte. Daraufhin kam es zu größeren Ansammlungen, wobei die Streikenden und die Insassen des Barackenlagers der Polizei gegenüber eine drohende Haltung einnahmen. Die Polizei mußte mehrfache Säuberungsaktionen vornehmen, um die Ruhe wiederherzustellen. Zwei Rädelsführer wurden verhaftet.

Strafen für Revolverschützen

In der Nacht vor dem ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl gaben in Trier zwei kommunistische Arbeiter auf zwei junge Nationalsozialisten fünf Schüsse ab, von denen die beiden letzteren in den Oberschenkel bzw. Fuß getroffen wurden. Die Revolverschützen hatten sich jetzt vor dem Trierer Großen Schöffengericht zu verantworten. Der eine erhielt ein Jahr, der andere sechs Wochen Gefängnis. Erschwerend fiel ins Gewicht, daß die Schüsse nach einem an sich geringfügigen Wortwechsel erst dann in der Dunkelheit abgegeben worden waren, als sich die Nationalsozialisten bereits entfernt hatten.

12 Plünderer in Altona verhaftet

Im Zusammenhang mit den in den letzten Tagen in Lebensmittel- und anderen Geschäften stattgefundenen Plünderungen in Altona erfolgte Mittwoch morgen durch die Polizei eine groß angelegte Aktion, die zur Festnahme von zwölf Personen führte. Den Festgenommenen — es handelt sich in der Hauptsache um junge Burschen — konnte, wie die Polizei mitteilt, die Beteiligung an den Plünderungen einwandfrei nachgewiesen werden.

Unruhen in Südholland

In der Hafenstadt Vlaardingen kam es auf die Kunde, daß der Gemeinderat über eine Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützungen berate, zu ernsten Unruhen. Die Polizisten gingen gegen die ständig anwachsende Menge mit der blanken Waffe vor. In verschiedenen Straßen war von den Demonstranten das Pflaster aufgerissen worden. Mehrere Personen wurden schwer verletzt.

Kriminalfälle

Freitag Strafanträge im Sklarek-Prozeß

Die Fortführung der Anklage-Rede im Sklarek-Prozeß hat jetzt erhebliche Fortschritte gezeitigt, sodaß am Mittwoch von Staatsanwaltschaftsrat Jäger das Wort zum Stadtbankkomplex genommen wurde und man für Freitag vormittag mit den Strafanträgen rechnen kann.

Wieder zwei Festnahmen auf Veranlassung der Zollfahndungsstelle

Der Kaufmann Theodor Beye aus Halense und ein gewisser Schönherr wurden in Berlin auf Veranlassung der Zollfahndungsstelle Stettin festgenommen und dem Polizeipräsidium zugeführt, da sie im Verdacht stehen, gegen die Devisennotverordnung verstoßen zu haben.

Wegen Konkursvergehens verurteilt

Nach zweiwöchiger Verhandlung sprach die sechste Große Strafkammer in Breslau den Holzkaufmann Kommerzienrat Fritz Liebrecht von der Anklage des Betruges in fünf Fällen frei, verurteilte ihn dagegen wegen Konkursvergehens zu vier Monaten Gefängnis. Eine Bewährungsfrist wurde abgelehnt. Der früher gegen ihn ergangene Haftbefehl wurde aufgehoben. — Kommerzienrat Liebrecht, der eine führende Stellung im Holzhandel Schlesiens innehatte, wurde am 11. Jan. 1930 verhaftet. Liebrecht hatte ein Vergleichsverfahren angestrebt und schließlich einen sogenannten Anschlußkonkurs anhängig gemacht, in dessen Verlauf eine Reihe von Unregelmäßigkeiten im Geschäft des Liebrecht aufgedeckt wurde.

Die Strafanträge im Putbroeker Mordprozeß

Aus Roermond wird berichtet: Im Mordprozeß gegen den Förster van der Elzen und seinen Sohn wegen Erschießung dreier junger Leute in den Grenzwaldungen bei Echt beantragte der Staatsanwalt gegen van der Elzen lebenslängliche Gefängnisstrafe, gegen den Sohn zwölf Jahre Gefängnis. Das Urteil wird am 14. Juni gesprochen.

Risikolose Reifeprüfungen

In Ostgalizien wurde eine umfangreiche Schwindelorganisation aufgedeckt, welche Gymnasiasten vorzeitig die Aufgaben und Lösungen für die Klausurarbeiten der Reifeprüfung beschaffte. Ein findiger Buchhändler besorgte sich alljährlich für den Preis von 200 Dollar das gesamte Prüfungsmaterial des Provinzialschulkollegiums in Lemberg, welches einheitlich für eine größere Anzahl von Gymnasien herausgegeben wurde. Er verkaufte dann die Aufgaben im Einzelhandel für sieben Zloty das Stück und erzielte so sehr bedeutende Einnahmen. Jetzt hat sich die Kriminalpolizei des Falles angenommen.

Stromberg (Hunsrück). Die Reichsfarben als Fronleichnamsschmuck herun. tergerissen. Verschiedene Einwohner und die öffentlichen Gebäude hatten hier aus Anlaß der Fronleichnamsprozession in den Reichsfarben geflaggt. In der Nacht vor dem Festtage wurden, wie erst jetzt bekannt wird, verschiedene dieser Fahnen, darunter auch die auf dem Bürgermeisteramt, heruntergerissen. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Todesstrafe wegen Personenraubes in Amerika

Aus Washington wird gemeldet: Der Justizausschuß des Abgeordnetenhauses hat den Gesetzentwurf gebilligt, der den Raub von Personen im ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten mit Todesstrafe ahndet.

Dammbruch am Colorado River — 2500 Familien auf der Flucht

Aus Blythe (Colorado) wird gemeldet, daß das Paloverdetal infolge eines Dammbruches von den Fluten des Colorado Rivers, der seinen Höchstwasserstand seit 1921 erreicht hat, aufs schwerste bedroht sei. Ein Farmer, der den Dammbruch entdeckte, raste in seinem Kraftwagen durch die gefährdete Gegend, um die Einwohner zu warnen. 2500 Familien haben sich zur Flucht vorbereitet. Alle in der Gegend verfügbaren Männer wurden an die Bruchstelle beordert, um den Fluß mit Sandsäcken abzudämmen.

Auch Amerika hat seine Sorgen Neue Steuern und Sparmaßnahmen

Im amerikanischen Senat wurde

das neue Steuerprogramm

mit 72 gegen 11 Stimmen angenommen, das einen Betrag von

1000 Millionen Dollars bringen

soll. Die Unterschrift des Präsidenten wird vermutlich Ende dieser oder Anfang nächster Woche gegeben werden. Außerdem hat der Senat eine Resolution gefaßt, die gemäß einer von einer Unterkommission ausgearbeiteten Vorlage

eine Herabsetzung aller Beamtengehälter um 10 Prozent

vorsieht, und zwar ohne Ausnahme. Damit ist der Hauptschritt zur Ausführung des Sparprogramms geschehen, dem eine Reduktion der Regierungsausgaben um 238 Mill. Dollars folgen soll, d. h. um denselben Betrag, den die verschiedenen Kriegsschuldenzahlungen ausmachen werden. Im übrigen ist vom Senat in das Steuerprogramm auch eine Bestimmung eingefügt worden, die eine

100prozentige Besteuerung aller Einkünfte aus Gesetzesüberschreitungen

anordnet. Die in das Programm einbezogene

Umsatzsteuer

ist eine Steuer von fünf Cents auf 100-Dollar-Umsätze im Terminverkehr an den Warenbörsen. Der Senat stimmte einer

10prozentigen Betriebsstoffsteuer

zu, deren Ertrag auf 150 Millionen Dollar geschätzt wird.

Washington in Besorgnis wegen der Kriegsveteranen

Ueber 4000 Kriegsveteranen

sind in kleineren und größeren Trupps aus allen Teilen des Landes, hauptsächlich aus den Industriezentren des mittleren Westens, in Washington eingetroffen, um für Auszahlung des Vollbetrages der ihnen seinerzeit vom Staate geschenkten Lebensversicherungen zu agitieren. Die Bundeshauptstadt sieht dieser Massenzuwanderung mit starker Besorgnis entgegen, zumal

keine Mittel für die Unterbringung und Verpflegung

zur Verfügung stehen und einige Trupps auf dem Wege sich recht ungebärdig aufführten, indem sie Güterzüge beschlagnahmten und freien Transport verlangten. Bisher ereigneten sich keine Zwischenfälle. Die Polizei hat jedoch umfassende Vorkehrungen getroffen und die Veteranen

in Zeltlagern am Stadtrand

untergebracht, wo sie dauernd bewacht werden. Das Weiße Haus und das Kapitol erhielten verstärkten Polizeischutz. Sogar ein Panzerwagen wurde dorthin gebracht und im Kriegsministerium untergestellt.

Ein Raubmord aus Rache

Ueberraschendes Geständnis einer Morphinistin

Am 7. April dieses Jahres wurde der 70jährige Kölner Arzt Dr. Hugo Rubensohn in seiner Wohnung in der Piusstraße erwürgt aufgefunden. In seinem Munde steckte ein Knebel. Hände und Füße waren gefesselt. Die Vermutungen über den Täter bewegten sich in den verschiedensten Richtungen. Mehrere Personen, besonders Frauen, wurden festgenommen, da bekannt wurde, daß einige seiner Patientinnen, an denen er Eingriffe vorgenommen hatte, auch in seinem persönlichen Leben eine Rolle spielten. Der Arzt war ein eigenartiger Kauz, wodurch die Untersuchung sehr erschwert wurde. Er war als sehr geizig bekannt, in seiner Wohnung herrschte stets Unordnung, beispielsweise machte er nie Licht; durch alle diese Eigenarten wurde der an sich schon geheimnisvolle Fall noch geheimnisvoller.

Durch ein überraschendes Geständnis scheint jetzt Licht in die Angelegenheit zu kommen. Seit einiger Zeit sitzt wegen des Mordes an Dr. Rubensohn eine 26jährige in Haft, eine gewisse Mia Schätzer, Morphinistin, ebenso geheimnisvoll wie Dr. Rubensohn selbst. Mia Schätzer hat gestern unerwartet dem Morddezernenten der Kriminalpolizei gegenüber ein volles Geständnis abgelegt. Man könnte zunächst annehmen, sie habe gestanden, um eine andere Person zu entlasten. Aber sie schildert die näheren Umstände der Tat so genau und zutreffend, daß alles, was sie sagt, mit dem tatsächlichen Befund übereinstimmt. Sie scheint demnach doch wirklich die Täterin zu sein.

Mia Schätzer sagt aus: Am 6. April ließ sie mittags durch einen jungen Mann, mit dem sie Verkehr unterhielt, bei dem Arzt vorsprechen, und mitteilen, ein Mädchen werde abends wegen eines Eingriffs zu ihm kommen. Nach Hereinbrechen der Dunkelheit ging sie in die Wohnung von Rubensohn, der ihr selbst öffnete. Sie trat in den Flur, und Rubensohn bat sie, in ein anstoßendes Zimmer zu kommen. Er ging vor und machte, eigenartig wie er war, kein Licht. Mia Schätzer riß den kleinen, altersschwachen Mann dann rückwärts zu Boden und steckte ihm sofort ein Tuch in den Mund, dann noch ein zweites, und als Dr. Rubensohn schreien wollte, drehte sie mit aller Gewalt ein Tuch, das sie ihm über den Kopf geworfen hatte, in der Höhe des Mundes zu, das sie solange festhielt, bis Dr. Rubensohn kraftlos liegen blieb. Er war erstickt. Dann nahm sie aus einer Schublade 350 Mark an sich, ferner zwei Ringe und zog schließlich dem toten Arzt noch die Uhr aus der Tasche, worauf sie unerkannt verschwand. Das gelang ihr umso leichter, als sie vor Ausführung der Tat ihr Aeußeres absichtlich verändert hatte. Auf die Frage, warum sie den Arzt umgebracht habe, sagt sie, aus Rache für die Quälereien und Peinigungen, die ihr Dr. Rubensohn angetan habe. Sie kannte ihn seit zwei Jahren. Dann hatte sie die Absicht, sich in den Besitz seines Geldes und seiner Wertsachen zu setzen.

Die Mutter der Schätzer ist auch Morphinistin. Der Bräutigam, der sie bei Dr. Rubensohn anmeldete, sitzt wegen anderer Delikte in Haft.

Statt jeder besonderen Anzeige

Heute Morgen verschied plötzlich und unerwartet unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Hermann Krug

im 75. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen

Kämersheide und Remscheid, den 30. Mai 1932.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Juni, nachm. 3.30 Uhr, vom Sterbehause in Kämersheide aus statt.

Hamka-Waren

helfen der Hausfrau sparen!

Donnerstag, Freitag und Samstag doppelte Rabattmarken
(außer Naturbutter, Eier und Zucker).

Holländer, vollfett	Pfd.	54 Pfg.	Bierwurst, prima	Pfd.	65 Pfg.
Schweizer, vollsaftig	„	97 „	Bratwurst, prima	„	85 „
Schmalz, gar. rein	„	38 „	Plockwurst, prima	„	98 „
Margarine, fein fein	„	29 „	Westf. Koch-Mettwurst	„	40 „
Limburger	„	38 „	Speck, hies., kernfest	„	58 „

Allerfeinste Süßrahmbutter Pfd. 135 Pfg.
Saft-Schinken, gekocht 1/4 „ 25 „
Westf. Roh-Schinken 1/4 „ 35 „

Edamer in Kugeln, sehr fein Pfd. 48 Pfg.
Apfelwein vom Faß Liter nur 35 „
Weißwein Nitteler Kleinberg 1 Liter o. Gl. 68 „

Hamburger Kaufhaus Franz Bremer Burscheid Opladen

2 Zimmer

mit Garten zu vermieten
Mietspreis pro Zimmer 9 RM.
Peter Steinbach
Blecher.

Technik für Alle

Monatshefte für Technik u. Industrie

12 reichillustrierte Hefte und 4 kostenlose Bücher im Jahr. Bezugspreis RM 2.25 im Vierteljahr. Verlangen Sie kostenlos Probeheft vom Verlag Dieck & Co, Stuttgart

Eine Zeitschrift, die belehrt und unterhält

Zum Frühjahr ...

brauchen Sie einen neuen Anzug. Er soll haltbar, elegant und nicht teuer sein. Diese Vorzüge besitzt der

... Anzug nach Maß

Billigster Preis - Großes Stofflager.

Robert Erlenköser, Burscheid
Hauptstr. 77. Schneidermeister. Fernspr. 346

Vermessungsarbeiten

für das Kataster, wie Teilungen, Grenzfeststellungen, sowie Lagepläne für Conzessionsgesuche jeder Art, Sicherstellung von Wasserrechten, Nivellements usw. führt aus

Theis
Staatlich vereideter Landmesser in Wermelskirchen, Fernspr. 2487



So Hockeyspielen wie Kurt Weiß

der Sturmführer der deutschen Nationalmannschaft, vor dem die besten Torwarte der Welt zittern, kann freilich nicht jeder. Aber die eigne Leistung zu verbessern ist nicht schwer durch das Studium eines guten Lehrbuchs. Für Hockeyspieler nur: Simon, Der Stockball (geh. RM. 1.80, gebd. RM 2.50) aus dem Verlag Dieck & Co, Stuttgart.

Haus- und Grundbesitzer

Gegen mäßiges Honorar übernehme ich die Prüfung der neufestgesetzten Einheitswerte, die vom 2. Mai bis 1. Juni 1932 beim Finanzamt offen gelegt sind und lege evt. Rechtsmittel gegen dieselben ein.

Willi Peters
Steuer- und Wirtschaftsberatung
Burscheid, Höhestraße 20, Telefon 485

Postkarten in jeder Ausführung liefert schnell und billig die Buchdruckerei dieser Zeitung

Bade Dich gesund!
Kurbad Hammerschmidt
Opladen, Humboldtstraße 19-23

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr. 127 2. Blatt Donnerstag, 2. Juni 1932

Die Jagd im Juni

Ein beschaulicher Juni folgt dem jungen Lenzmonat Mai, und in der Jägerbrust regen sich alle Frühjahrshoffnungen auf ein gutes Jagdjahr. Die „tote" Zeit im Revier ist vorüber. Galten die Pürschgänge in den vorhergehenden Monaten in erster Linie hegerischen Zwecken und Pflichten, wie die illustrierte Jagdzeitschrift „Wild und Hund", Berlin SW 11, schreibt, so lockt es den Jäger nun wieder zu weidmännischer Betätigung hinaus ins Revier. Der Bock ist rot, und die Jagd auf ihn beginnt.

Der Juni ist vielleicht der schönste Monat zur Pürsch auf den roten Bock. In jung-frischem Grün leuchten Wiesen, Felder und Wälder über sonnig blauendem Himmel. Schon am frühen Nachmittag tritt das Rehwild auf seine Aesungsplätze aus, und man kann Umschau halten, was das Revier an guten und abschußreifen Böcken bietet. Mit dem Abschuß wird der Weidmann aber vorsichtig und überlegend handeln. Der gute Bock soll sich zunächst vererben, mit seiner Erlegung wird man also bis nach der Brunft warten. So gelten Junipürsch und -ansitz in erster Linie den überalterten oder schlecht veranlagten und kümmernden Böcken. Es ist nicht leicht, solchen Wahlabschuß richtig durchzuführen. Um so mehr Vorsicht im Ansprechen ist geboten. Also: beobachten und nochmals beobachten, ist die Losung für den weidgerechten Jäger. Liegt dann aber endlich der kümmernde oder zurückgesetzte Bock nach schwerer Weidmannsarbeit mit gutem Schuß auf der Decke, um so größer die innere weidmännische Freude.

Die jagdliche Tätigkeit im Juni beschränkt sich ferner in der Hauptsache auf den Abschuß wildernder Hunde und streunender Katzen. Wo immer man solcher Revierschädlinge habhaft werden kann, sollte ihnen der gerechte Lohn für ihre schlimmen Räubereien in Gestalt einer gut sitzenden Kugel oder der gut deckenden Schrotgarbe zuteil werden. Gerade in diesen Wochen, der Zeit der Kinderstube fast allen Wildes, sind diese Bestien im Revier am gefährlichsten. Denn überall, in der hohen, wie in der niederen Jagd, können sie unermeßlichen Schaden anrichten.

Rot-, Dam- und Rehwild haben gesetzt, und häufig kann man den Nachwuchs auf Schlägen und Wiesen bei der Aesung beobachten. Auch die Bache führt ihre Frischlinge feldwärts. Obgleich das Gesetz den Sauen keinerlei Schonzeit zubilligt, sollte man ihnen jetzt eine Gnadenfrist freiwillig gewähren. Nur wo sie stark zu Felde gehen und Wildschaden verursachen, läßt sich der Abschuß des einen oder anderen Ueberläufers verstehen. Auf einzelne, ältere Stücke darf man erst dann Dampf machen, wenn man nach langer Beobachtung mit Sicherheit feststellen konnte, daß es sich nicht um eine führende Bache handelt. Wer die Bache von den noch vollständig unbeholfenen Frischlingen wegschießt ist ein Aasjäger schlimmster Sorte.

Auch die Fasanen- und Rebhuhngelege kommen aus, und der Jäger wird bemüht sein, sie vor Raubzeug zu schützen. Auch im Entenrevier zeigt sich der Nachwuchs. Es empfiehlt sich, schon zeitig Schneisen im Schilf und Rohr für die nahende Jagdzeit auf die schmackhaften Breitschnäbel anzulegen, damit die Entvögel sich bei Jagdaufgang an diese Veränderung gewöhnt haben. Allenthalben sieht man jetzt Junghasen. Für Mümmelmanns Sippe war das Frühjahr günstig, so daß man berechtigte Hoffnungen auf ein gutes Jagdjahr hegen darf. Auch die Fuchsfähe genießt Mutterfreuden, und köstlich ist es, Reinekes Sippe vor dem Bau zu beobachten. Ein Fuchsabschuß in den Sommermonaten sollte unterbleiben. Nur in den Fasanerien und ausgesprochenen Hasen- und Hühnerjagden wird man den Fuchs kurz halten. Auf keinen Fall schießt der Weidmann zuerst die Fähe, da sonst die Jungfüchse qualvoll verhungern und eingehen müßten.

Der Tagesverbrauch je Kopf an Frischmilch beträgt von 91 deutschen Städten im Durchschnitt nur 0,25 Liter. Dagegen in Helsingfors 0,66, in Antwerpen 0,75, in Newyork 0,85 und in Luzern 0,90 Liter.

Der Kurszettel der Hausfrau

Versteigerungsbericht der Kreis- Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft Opladen

Sommerspinat 6.50—8.40; Rhabarber 3.30; Spargel 49.50; Rübstiel 2.90—5.00; Rübstiel 1.20—1.70; Schnittgemüse 1.90—2.70; Radies 1.80; Schnittgrün 2.60—3.00; Kopfsalat 1. Sorte 3.90—5.90; Kopfsalat 2. Sorte 3.40—3.90; Kohlrabie weiß 5.50—10.20; Maiwirsing 5.40—6.70; Melde 2.30—3.60; Petersilie 1—1.40; Pflücksalat 12; Hühnereier Klasse B 5.80—6.00; Enteneier 5.30.

Nächste Versteigerung Freitag, den 3. Juni.

Verkehrsfragen im Rhein-Wupper-Kreis

Im Gasthaus Kall in Pattscheid-Linde tagte gestern nachmittag unter guter Beteiligung aus allen Kreisgebieten der Arbeitsausschuß des Kreisverkehrsverbandes. Die Tagesordnung galt in der Hauptsache den Vorbereitungen für die Hauptversammlung des Vereins, die in diesem Jahre in Leichlingen abgehalten werden soll. Landrat Trimborn eröffnete als Vorsitzender die Verhandlungen mit Dankesworten an die Teilnehmer. Mit besonderer Freude sei man nach Berg. Neukirchen gekommen, das sich gerade jetzt im schönsten Frühlingskleide präsentiere. Noch ein besonderer Anlaß galt der Wahl Berg. Neukirchens als Tagungsort. Es kann in diesem Jahre auf sein 75jähriges Stadtjubiläum zurückblicken. Der Landrat gedachte weiter der eben geschlossenen Leichlinger Ausstellung „Deutschland im Spiegel der Verkehrswerbung", die viel Wissenswertes gezeigt. Er verwies bei dieser Gelegenheit auf seinen dort gehaltenen Vortrag und unterstrich noch einmal die Bedeutung der Verkehrswerbung gerade in den heutigen anormalen Zeiten.

Landrat Trimborn gab weiter einen kurzen Auszug aus dem Geschäftsbericht, der in der Hauptversammlung erstattet wird. Naturgemäß hatte die Arbeit unter der Ungunst der Zeitverhältnisse stark zu leiden. Immerhin konnten — vor allem auf dem Gebiete des Verkehrs — einige schöne Erfolge verzeichnet werden. Eine der Hauptarbeiten galt der Gestaltung der Autobuslinien. Bekanntlich ist die Kölner Kraftwagenbetriebsgesellschaft von der Reichspost übernommen worden. Postwendend seien aber auch erhebliche Verkehrsverschlechterungen eingetreten. Besondere Auseinandersetzungen gab es mit Remscheid bezgl. der Verkehrsgestaltung auf der Linie Lennep—Radevormwald. Wenn auch die Linie Opladen—Radevormwald zur Zeit noch eine Ueberschußlinie ist, so läßt die Benutzung im oberen Kreisteil doch zu wünschen übrig. Bezgl. der vielfach gewünschten Querverbindungen im unteren Kreisgebiet muß man sich auf eine bessere Zeit verlassen. Verkehrswerbung konnte im verflossenen Jahre nur im bescheidensten Umfange betrieben werden, da die Mittel für eine größere Werbung fehlten. Das alte Werbeplakat soll aufgebraucht werden. Immerhin will man aber ein neues zugkräftiges Werbefaltblatt herausbringen, wofür noch Mittel vorhanden sind.

Der Geschäftsführer des Verbandes, Herr Gallmeister gab Aufschluß über die Verhandlungen bezgl. der Gestaltung des Eisenbahnfahrplanes. Einiges konnte erreicht werden, anderes scheiterte an der technischen Undurchführbarkeit. So war es immer noch nicht möglich, das Halten eines Berliner D-Zugpaares in Opladen zu erreichen. Ein Eilzugpaar hält nunmehr in Langenfeld (ein alter Wunsch aller Rheingemeinden). Auf der Strecke Opladen—Lennep ließ im Herbst die Reichsbahn das Spätzugpaar ausfallen. Man erreichte zunächst eine Verlängerung. Dann sollte das Zugpaar im Sommerfahrplan wieder ausfallen. Auch hier hat die Reichsbahn schließlich Entgegenkommen gezeigt, so daß es erhalten bleiben konnte. Ebenso wurde durch Früherlegung eines Zuges der Anschluß an den Münchener D-Zug, der Opladen 9,50 Uhr verläßt, erreicht. Weitere Anregungen galten der Vermehrung der Sonntagskarten. Auch hier wurden eine Anzahl neuer Sonntagskarten bei den einzelnen Stationen aufgelegt. Sie sind im einzelnen früher bereits hier bekannt gegeben worden. Weitere Wünsche betrafen eine Preisermäßigung bei den Bahnsteigkarten und eine Abrundung der Fahrpreise auf 5 statt bisher in allen Fällen auf 10 Pfg. Entscheidungen der Reichsbahn hierüber sind noch nicht getroffen.

Nach kurzer Aussprache gab Rentmeister Pohl den Kassenbericht. Trotz wesentlicher Herabsetzung der Beiträge im letzten Jahre schließt die Kasse mit einem wesentlich höheren Bestande als im Vorjahre ab. Ein Zeichen für die sparsame Haushaltsführung. Der Kassenbestand beläuft sich auf 2784,23 Mark gegenüber 266,24 Mark Ende 1930. Einnahmen waren im Gesamtbetrage von 6172,72 Mark und Ausgaben mit 3388,49 Mark zu verzeichnen. Außerdem besteht ein Fonds von 2500 Mark für die Waldbrandversicherung und den Lucasweg. Auf Vorschlag des Vorstandes soll der Hauptversammlung die Anregung unterbreitet werden, der Abtgl. Niederwupper des Bergischen Geschichtsvereins einige hundert Mark für die Einrichtung des Museums auf Schloß Burg zu überweisen. Es liegen eine Anzahl vorgeschichtlicher Funde vor, gestiftet von den Herren Rektor Lennartz-Leverkusen-Schlebusch und Konrektor Blankertz-Hückeswagen.

Auf der Hauptversammlung sind Vorstand und Arbeitsausschuß neu zu wählen. Hierüber ergab sich eine längere Aussprache. Die Verkehrsvereine sollen bis zum 1. Juli Vorschläge für die Besetzung des Arbeitsausschusses unterbreiten. Der Beitrag soll in der Höhe des Vorjahres bestehen bleiben. Danach zahlen die angeschlossenen Gemeinden pro Einwohner einen Kopfbeitrag von einem Viertel Pfennig. Die Verkehrsvereine pro Mitglied 5 Pfg. Der Mindestbeitrag beträgt 10 Mark.

Bürgermeister Voos hielt anschließend einen recht interessanten Vortrag über die Geschichte und die Entwicklung der Stadtgemeinde Berg. Neukirchen, der insbesondere auch nach der kommunalpolitischen Seite hin sehr aufschlußreich war.

Die Mitglieder des Ausschusses begaben sich dann zur Diepenthaler Talsperre zur Besichtigung der dortigen Wochenendsiedlungen.

Tagung in Opladen

Die nächjährige Hauptversammlung des Bergischen Verkehrsverbandes soll gemäß einem Beschluß der letzten Versammlung in Waldbröl in Opladen abgehalten werden. Der Bürgermeister von Opladen hatte dazu eingeladen im Hinblick auf das 75jährige Stadtjubiläum Opladens, das im kommenden Jahre ist.

Ehret das Alter!

Am heutigen Donnerstag wird unsere Mitbürgerin Frau Witwe Mathilde Piel geb. Steinhaus, Hauptstraße wohnhaft, 81 Jahre alt. Das hochbetagte Geburtstagskind erfreut sich noch bester körperlicher und geistiger Frische und verfolgt mit Interesse in unserer altbeliebten Heimatzeitung die Geschehnisse aus nah und fern.

Auch wir gratulieren herzlichst zu diesem Ehrentage und wünschen dem Geburtstagskinde einen weiteren segensreichen Lebensabend.

Mit einer Mauserpistole angetroffen

Von einer Polizeistreife wurde am gestrigen Abend gegen 11 Uhr in der Höhestraße ein 17jähriger, der kommunistische Schriften verteilte und im Besitz einer mit 10 Schuß geladenen Mauserpistole (Militärwaffe) war, verhaftet.

Unfug

Immer wieder wird berechtigte Klage darüber geführt, daß Jugendliche auf den Straßen Fußball spielen. Alle Ermahnungen seitens Erwachsener oder Warnungen durch die Presse helfen nicht. Da wäre wohl angebracht, wenn die Polizei einmal energisch gegen diesen Unfug vorgehen würde. Abgesehen davon, daß die Spieler selbst sich in die Gefahr des Ueberfahrenwerdens bringen, werden durch das wilde Spiel auch die Straßengänger belästigt und die benachbarten Grundstücke bzw. Häuser beschädigt.

Kein Geld mehr für Landarbeiterwohnungen

In der Antwort des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt auf eine kleine Anfrage wird gesagt, daß die weitere Förderung des Baues von Landarbeitereigenheimen mit Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge im Rechnungsjahre 1932 nicht möglich ist, da die hierfür benötigten Landesmittel infolge der ernsten Finanzlage Preußens nicht zur Verfügung gestellt werden können. Es ist jedoch zu hoffen, daß in beschränktem Umfange Reichsmittel der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge für Preußen eingesetzt werden.

Mindestvertragsdauer für Nebenstellenanlagen der Deutschen Reichspost

Manche Inhaber von Nebenstellenanlagen der Reichspost scheinen darüber beunruhigt zu sein, daß durch die Aenderung der Fernsprechordnung vom 19. März eine Mindestüberlassungsdauer für die Nebenstellenanlagen eingeführt worden ist. Die Neuerung war erforderlich, um die am 1. Juli in Kraft tretenden Gebührenermäßigungen für die Nebenstellenanlagen, namentlich die aus Teilnehmerkreisen dringend gewünschte Senkung der einmaligen Apparatbeiträge durchführen zu können. Da die Nebenstellenanlagen, namentlich die großen Anlagen mit Selbstanschlußbetrieb, sehr teuer sind, muß eine gewisse Gewähr dafür bestehen, daß die Anlagen nicht vorzeitig ohne triftige Gründe aufgegeben werden und daß dadurch die aufgewendeten Kosten zum größten Teile verloren gehen.

Von den Teilnehmern wird irrtümlicherweise vielfach angenommen, daß die Vertragsdauer auch für die vorhandenen Anlagen erst am 1. Juli ds. Js. zu laufen beginnt. Das ist aber

Gemeinsame Übung in Hilgen

Am vergangenen Sonntag hielten die Freiw. Feuerwehr und die Freiw. Sanitätskolonne Hilgen eine gemeinsame Uebung auf dem Sportplatz ab. Nach vorheriger Besprechung des Kol.-Arztes Herrn Dr. Zimmermann mit dem stellvertretenden Oberbrandmeister Schneider, wurde der Brand eines 3stöckigen Wohnhauses angenommen.

Die Uebung nahm folgenden Verlauf: Nachdem die Feuerwehr das Ausmaß des Brandes erkannt hatte, wurde sofort die Sanitätskolonne alarmiert. Das Treppenhaus war bereits durch den Brand vollständig unpassierbar und in den oberen Stockwerken befanden sich noch Bewohner, die gerettet werden mußten. Die eingetroffene Sanitätskolonne mußte gemeinsam mit der Feuerwehr daran gehen, die teilweise Verletzten und Rauchgasvergifteten von außen aus dem Hause zu holen. Mittels Steigerleitern gelangten Feuerwehr und Sanitätsmannschaften in die oberen Stockwerke, holten die Verletzten aus der Feuerzone und seilten sie mit einer Marine-Tragbare ab. Unten wurden diese von Sanitätern in Empfang genommen und die Verletzten nach dem außerhalb der Gefahrenzone durch ein Schild gekennzeichneten Verbandsplatz geschafft und dort verbunden. Die Feuerwehr beschäftigte sich unterdessen mit der Bekämpfung des Feuers. Nachdem alle Verletzte in Sicherheit waren, hielt Dr. Zimmermann Kritik über das Vorgehen der Sanitäter und beurteilte die angelegten Notverbände.

Nach der Uebung formierten sich beide Vereinigungen zum gemeinsamen Abmarsch mit dem Tambourkorps der Feuerwehr an der Spitze. Die Führerschaft beider Vereine wie stellvertr. Oberbrandmeister Schneider, Brandmeister Zimmermann und Kuhler, Kol.-Arzt Dr. Zimmermann, Kolonnenführer Jobst und Vorsitzender Kotthaus begrüßten das harmonische Zusammenarbeiten und wünschten, daß im Laufe dieses Jahres noch eine derartige Uebung stattfinde.

Gott zur Ehr' — dem Nächsten zur Wehr,
Helfen und pflegen der Menschheit zum Segen.

Die Schüsse in Nürhausen

Die politische Bluttat, die sich in der Nacht zum Dienstag in Nürhausen bei Hilgen abspielte, hält die Bevölkerung auch weiterhin noch in Aufregung und bildet zurzeit den Hauptstoff der Tagesgespräche. Was allerdings an Gerüchten und Mutmaßungen über diese traurige Begebenheit verbreitet wird, das spottet jeder Beschreibung, und wird wohl erst die amtliche Untersuchung ein eindeutig klares Bild der Vorgänge ergeben.

Wie uns die hiesige Polizeiverwaltung am heutigen Morgen mitteilte, geht die Untersuchung weiter, hat aber bisher neue Momente noch nicht gezeitigt. Die Meldungen übereifriger Berichterstatter in auswärtigen Zeitungen, daß der gemeine Ueberfall ein zweites Todesopfer gefordert habe, da einer der Verletzten seinen Wunden erlegen sei, trifft gottseidank nicht zu. Vielmehr können wir aufgrund unserer Anfrage beim hiesigen Krankenhause berichten, daß das Befinden der drei Verletzten auch am heutigen Morgen erfreulicherweise weiterhin zufriedenstellend ist. Man hegt berechtigte Hoffnung, auch den Schwerverletzten am Leben zu erhalten.

Am gestrigen Tage fand die Obduktion der Leiche des erschossenen J. Kehrer statt. Sie zeitigte das Ergebnis, daß K. nicht, wie zuerst angenommen wurde, durch einen Schuß in den Mund zu Tode gekommen ist, sondern die tödliche Kugel ist am linken Arm eingedrungen, durch den ganzen Körper gegangen und am rechten Arm wieder herausgetreten. Die Leiche ist nunmehr freigegeben worden und findet die Beerdigung des bedauernswerten Opfers der Nürhausener Schießerei am kommenden Samstag-Nachmittag von Dünweg aus zum hiesigen Friedhof statt.

Die folgenschwere Schüsse in Nürhausen sind ein weiterer bedauerlicher Beweis dafür, daß flammender Haß die Gemüter beherrscht. In das früher so harmonische Zusammenleben der Bevölkerung unseres einst so geruhsamen friedlichen Städtchens sind durch den heftigen politischen Tagesstreit schrille Mißklänge getragen worden. Die politische Meinungsfreiheit wird mißbraucht, die persönliche Verunglimpfung kennt kaum noch Grenzen. Dazu hat die äußere Not viele zermürbt und die Nerven überreizt. In dieser Situation ist es bis zur Austragung des politischen Streites mit Waffen nur ein kleiner Schritt. Die Blutat in Nürhausen zeigt mit aller Deutlichkeit, daß wir alle dafür zu sorgen haben, daß es nun endlich aufhört, im politischen Kampfe maßlose Beschimpfungen usw. anzuwenden, die letzten Endes zu schweren Ausschreitungen führen müssen.

Das westdeutsche Handwerk im Monat Mai

Von der Handwerkskammer Düsseldorf wird folgender Bericht herausgegeben:

Die in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten sich alljährlich erneuernde Frühjahrssaison hat, wie auch die Berichte der Landesarbeitsämter bestätigen, eine der Krisenzeit entsprechende Belebung hervorgerufen. Naturgemäß hat sich diese Bewegung auf gewisse Saisongewerbe beschränkt, ohne daß sich zur Zeit übersehen läßt, welche weiteren Auswirkungen sie mit sich bringt. Nach den bisherigen Erfahrungen kann jedoch angenommen werden, daß die während der Berichtszeit zu beobachtende Belebung nur von kurzer Dauer ist. Bezeichnend für die gegenwärtige Lage ist die bedauerliche Tatsache, daß das Bauhauptgewerbe an der Aufwärtsbewegung auf dem Arbeitsmarkt keinen Anteil hatte und daß ein großer Teil der wenigen Aufträge trotz aller gegnerischen Maßnahmen der Schwarzarbeit zufällt. Die Baunebengewerbe sind durch die katastrophale Lage des Baumarktes ausschließlich auf Reparaturarbeiten angewiesen. Heute kann festgestellt werden, daß die große Hoffnung, die das Handwerk auf die Umzugszeit gesetzt hatte, nur zum geringen Teil in Erfüllung gegangen ist. Das gilt für das Maler-, Installateur-, Elektriker- und Dachdeckerhandwerk.

Die Lage im holz- und metallverarbeitenden Gewerbe hat sich im Vergleich zu den Vormonaten nicht geändert.

Die verhältnismäßig günstige Beschäftigungslage weist zur Zeit noch das Bekleidungsgewerbe auf. Aber auch hier ist die Frühjahrssaison seit den letzten Wochen wieder abgeflaut. Das Schuhmacher- und Friseurhandwerk sind nur ungenügend beschäftigt.

Ueber einen starken Umsatzrückgang klagt das Lebensmittelgewerbe. Die warme Witterung und das Nachlassen der Kaufkraft haben den Konsum in der Berichtszeit weiter eingeengt. Dabei ist die Preisspanne sowohl im Bäcker- wie auch im Metzgerhandwerk stark zurückgegangen.

Wie steht's mit den Abzahlungsraten?

Vielfach ist die Frage aufgetreten, ob die Preissenkungsaktion der Regierung, insbesondere die 4. Notverordnung, auf die laufenden Abzahlungsgeschäfte Einfluß hat. Das ist nicht der Fall. Die Notverordnung strebt zwar eine allgemeine Preissenkung an, und setzt gewisse Preise, z. B. für Kohle, ab 1. Januar 1932 um 10 Prozent herab. Aehnliche Vorschriften gelten für Markenartikel. Dabei bleiben aber bereits getätigte Geschäfte unberührt, da die Notverordnung in dieser Beziehung in laufende Verträge nicht eingreift. Ist also eine Ware auf Abzahlung verkauft, so müssen bis zur endgültigen Abtragung des Kaufpreises die vereinbarten Raten in gleicher Höhe und zu den gleichen Terminen weitergezahlt werden.

Rasierklingen sollen besteuert werden

Ein in Seesen am Harz abgehaltener Landesverbandstag Braunschweiger Friseurinnungen beschloß, dem Reichsverband Deutscher Friseure einen Antrag unter gleichzeitiger Weiterleitung an die Regierungen einzureichen, in dem die Versteuerung der Rasierklingen gefordert wird. In der Begründung dieser Forderung heißt es, daß die immer billiger werdenden, zum Teil verschenkten Rasierapparate und Rasierklingen Tausenden von kleinen Friseuren ihre schon dürftige Existenz nehmen. Nach Ansicht der Vertreter des braunschweigischen Landesverbandes würden diese Schädigungen nicht vorkommen, wenn die Klingen durch eine entsprechende Besteuerung (Banderole) beim Hersteller nicht unter 20 Pfennig verkauft würden.

Aus der Gemeinde Witzhelden

Ein Stierkampf

In den Abendstunden des vergangenen Dienstags ereignete sich in Herscheid ein bedauerlicher Unfall. Der Landwirt Schwale daselbst ist Besitzer eines angekörten Stieres. Der Stier war zum Decken eines Stück Viehes verwendet worden und sollte wieder in den Stall zurückgeführt werden. Im Stall selbst wurde das Tier wild und konnte bei größter Anstrengung nicht gebändigt werden. Er nahm die im Stall vorhandenen Personen, den Sohn des Besitzers, sowie einen landw. Arbeiter eines benachbarten Landwirtes auf die Hörner und richtete diese übel zu. Eine dritte, ältere Person, entging dem gleichen Schicksal dadurch, daß sie den Stier mit einem Knüppel abwehrte und dann die Stallung verließ. Trotzdem hat auch diese ältere Person vermutlich noch Rippenquetschungen davongetragen. Die Sanitätskolonne leistete die erste Hilfe und sorgte für Ueberführung der beiden Schwerverletzten in die Städt. Krankenanstalten nach Solingen. Beide haben außer Brustquetschungen komplizierte Oberschenkelbrüche erlitten. Der Stier, der inzwischen den Stall verlassen hatte, und äußerst wild in der Ortschaft Herscheid herumlief, mußte zur Abwendung weiterer dem Publikum drohenden Gefahren getötet werden, da an ein Einfangen des wilden Tieres nicht zu denken war. Polizeihauptwachtmeister Schröder hat den Stier dann nach wiederholten Schüssen zur Strecke gebracht.

Aus der näheren Umgebung

Solingen

Fahrlässige Beleidigung eines Ministerialdirektors

Gegen den Ministerialdirektor Meyer, den früheren Geschäftsführer des Solinger Spar- und Bauvereins, hatte ein Klempner die Behauptung aufgestellt, Meyer habe für die Vermittelung des Geldes für den Bau der Siedlung Bökerhof eine Provision in Höhe von 30 000 Mark erhalten. Als der Bauverein von dieser Behauptung Kenntnis erhielt, faßte er den Beschluß, gegen den Meister Strafantrag zu stellen. Das hat den unvorsichtigen Herrn veranlaßt, in einem Schreiben an den Verein sein Bedauern auszudrücken und die Anschuldigung zurückzunehmen. Er will nichts gesagt haben. Ob der Bauverein seinen bereits gestellten Strafantrag zurückziehen wird, steht noch nicht fest.

Wuppertal

Freitod eines Essener Bauingenieurs

An der eisernen Hängebrücke des Barmer Wasserwerks wurde am Dienstagnachmittag die Leiche eines Essener Bauingenieurs aufgefunden, der, in sitzender Stellung an die Mauer gelehnt, mit einem Schuß durch die Stirn seinem Leben ein Ende gemacht hatte. In einer Tasche wurde ein Brief gefunden, der an einen befreundeten Arzt des Ingenieurs adressiert war.

Wieder Zerstörer am Werk

Von jugendlichen, radaulustigen Elementen sind in der vorvergangenen Nacht in Elberfeld und Barmen in verschiedenen Straßen die Beleuchtungskörper wieder stark demoliert worden. Insgesamt wurden 15 Straßenlaternen zertrümmert.

Die Mehrzahl der im Zusammenhang mit den Tumulten in der Bartholomäusstraße in Barmen festgenommenen 96 Personen ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Der nächtliche Besucher auf dem Dach

In der vergangenen Nacht hörte ein Bewohner der Wirtschaft Krieghaus in Haan auf dem Dach Schritte. Er öffnete das Schlafzimmerfenster und bemerkte einen Mann, der sich auf Anruf in Stillschweigen hüllte. Der Untermieter ging hierauf in die Küche, um seine Flobertbüchse zu holen. Als er in sein Schlafzimmer zurückkehrte, machte der nächtliche Besucher gerade den Versuch, durch das Fenster in die Wohnung zu steigen. In seiner Furcht, angegriffen zu werden, schoß er auf den Eindringling, der schwer verletzt zusammenbrach. Die Polizei brachte ihn zum Krankenhaus. Es handelt sich angeblich um einen Mann aus Hamburg, der auf Wanderschaft ist.

Wuppertal. Generalmusikdirektor Franz von Höszlin geht nach Breslau. Generalmusikdirektor Franz von Höszlin, der, wie gemeldet, mit Ablauf der Spielzeit aus seinem bisherigen Amte scheidet, hat sich entschlossen, einem Ruf nach Breslau zu folgen. Er wird dort die musikalische Oberleitung der Oper und der Schlesischen Philharmonie übernehmen.

Wuppertal. Neue Autobuslinie Wuppertal—Ruhr. Neben der bereits bestehenden Autobuslinie Wuppertal—Sprockhövel—Hattingen—Bochum, die von der Kraftwagengesellschaft Ruhr-Wupper betrieben wird, richtete die gleiche Gesellschaft auf der Strecke Sprockhövel—Hattingen einen besonderen Kraftwagenverkehr ein, der zweistündlich neben dem Durchgangsverkehr Wuppertal—Bochum die beiden Gemeinden verbindet. Die Linie ist ab 1. Juni in Betrieb genommen und soll vorerst probeweise durchgeführt werden.

Düsseldorf

Die Leiche der verunglückten Schiffersfrau geborgen

Mittwoch nachmittag gelang es dem Taucher der Firma Glaser in Duisburg nach mehrmaligen Versuchen, die vor drei Wochen bei dem Schiffsunglück auf dem Rhein bei Stürzelberg ertrunkene Frau des Schiffers Welle zu bergen. Das bei dem Unglück mit ums Leben gekommene zwei Tage alte Kind konnte bereits vor einigen Tagen in Neuß gelandet werden. Die beiden Leichen wurden nach Duisburg zur Beisetzung überführt. Die Eisenschrottladung des gesunkenen Schiffes ist zum größten Teil mit Hilfe eines Hebekrans herausgeschafft worden.

Düsseldorf. Selbstmord und Selbstmordversuch durch Gasvergiftung. In einem Hause am Hellweg wurde eine etwa 50 Jahre alte Frau tot aufgefunden. Sie hatte sich mit Gas vergiftet. Die vorgenommenen Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. — In zwei anderen Fällen konnten ein 30jähriger Mann in der Himmelgeisterstraße und ein 62jähriger Mann in der Corneliusstraße, die sich ebenfalls mit Gas zu vergiften versucht hatten, wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Düsseldorf. Ein alter Wechselfallenschwindler auf frischer Tat ertappt. Einen umherreisenden alten Betrügerspezialisten, einen sogenannten Wechselfallenschwindler, der von Essen nach Düsseldorf zugereist war, hat hier auf frischer Tat das Schicksal erreicht. Er versuchte den vielfach bekannten Trick, beim Einkauf von Waren in einem Zigarrengeschäft mit einem größeren Geldschein zu zahlen und die Aufmerksamkeit des Angestellten durch Manipulationen abzulenken, um mit dem Wechselgeld auch den in Zahlung gegebenen Geldschein wieder einzustecken. Durch die Aufmerksamkeit des Angestellten aber mißlang das Vorhaben des Betrügers. Er wurde festgenommen und dem Gefängnis zugeführt. Es handelt sich um den wegen Betruges sehr erheblich bereits vorbestraften Installateur Alfred Horn aus Essen.

Köln

Ein Fensterstürmer in Köln

Am Mittwochabend gab es wieder Zusammenrottungen in der Severinstraße. Im Dunkel des Abends wurde im oberen Teil der Severinstraße die Schaufscheibe eines Filialgeschäfts eingeschlagen. Wie berichtet wird, war der Täter ein junger Bursche, der sich unmittelbar nach dem Steinwurf in langen Sätzen in Sicherheit bringen konnte. Unmittelbar danach traf polizeiliche Verstärkung in der Straße ein, die aller Unruhe zunächst ein Ende machte.

Westdeutsches

Gevelsberg. Feuer in einer Zwiebackfabrik. In dem Neubau der Zwiebackfabrik Brand im Ortsteil Vogelsang brach aus bisher unbekannter Ursache Feuer aus, das einen ziemlich großen Umfang nahm. Nicht weniger als vier Löschzüge waren stundenlang damit beschäftigt, dem verheerenden Element Einhalt zu gebieten. Am stärksten hat ein großer Teil der neuen Maschinen gelitten, deren Instandsetzung erheblicher Mittel bedarf.

Andernach. Die Autoumgehungsstraße. In einer geheimen Stadtverordnetensitzung wurde das in großen Zügen vorliegende Projekt der linksrheinischen Umgehungsstraße Köln—Koblenz besprochen. In dem Projekt sind, wie festgestellt wurde, die seinerzeit beantragten Abgangsstraßen zur Stadt Andernach nicht vorgesehen. Die Autostraße würde im großen Bogen weit über 1000 Meter an der Krahnenberglehne vorbei um die Stadt herumführen. Es wurde festgestellt, daß die Stadt Andernach, die jetzt an einem der lebhaftesten Punkte des Autoverkehrs liegt, vom Durchgangsverkehr vollständig ausgeschlossen wäre, was nicht nur für die Hotels, sondern auch für die Geschäftswelt von allergrößtem Schaden wäre. Aus praktischen Gründen müßte am Krahnenberg eine Anzahl von Betonstützmauern errichtet werden. Von der heimischen Wirtschaft wird betont, daß dabei Schiefer- und Basaltsteine — statt Beton — dem Charakter der Berglandschaft am besten gerecht würden.

Wiesbaden. Ein Maharadscha bestohlen. Aus einem Fahndungsersuchen geht hervor, daß der zurzeit in Wiesbaden weilende Maharadscha von Baroda bestohlen worden ist. Man hat ihm seine Notizbücher, Scheckbücher, ein goldenes Zigarettenetui u. a. m. entwendet.

Westdeutsche Milchversorgungsfragen

Auf dem am Montag, den 30. Mai, in Essen stattgefundenen 12. Verbandstage des Verbandes westdeutscher Milchhändler-Genossenschaften und Vereine e. V. Sitz Essen, wurde insbesondere die Durchführung des Milchgesetzes beraten und Stellung zu den Auswirkungen der Preisverordnungen genommen, die auf Grund der vierten Notverordnung erlassen wurden.

Der Verband sieht in dem Milchgesetze eine Grundlage zur Hebung der Milchqualität, zur Schaffung einer hygienisch einwandfreien Milchversorgung und eines nach wirtschaftlichen Erfordernissen geregelten Milchverkehres.

Diese Ziele lassen sich jedoch nur erreichen, wenn die beteiligten Wirtschaftsgruppen und die mit der Durchführung betrauten Behörden Hand in Hand arbeiten. Dabei müssen Landwirtschaft und Milchhandel gleichwertig erfaßt und behandelt werden. Insbesondere sind Ausnahmen, wie sie stellenweise in der Regelung der Milchhandelsgenehmigung zu Gunsten der Milcherzeugung angestrebt werden, grundsätzlich abzulehnen. Die Konzessionsbehörden werden ersucht, sich bei ihren Maßnahmen nur von den gesetzlichen Vorschriften leiten zu lassen und von Interessengruppen gewünschte Erleichterungen als unvereinbar mit dem Willen des Gesetzgebers abzulehnen.

Die Schaffung eines geregelten Milchverkehres, gegebenenfalls unter Benutzung der im § 38 des Milchgesetzes sich bietenden Möglichkeiten der Bildung von Organisationen unter Mitwirkung der Behörden, wurde als notwendig anerkannt. Dabei wurde jedoch vorausgesetzt, daß diese Organisationen die Interessen der beteiligten Wirtschaftsgruppen beachten und sich freihalten von Bestrebungen, einer Wirtschaftsgruppe Sondervorteile zu Lasten der übrigen Wirtschaftsgruppen oder des Verbrauches zu beschaffen.

Behördliche Preisregelungen, die in letzter Zeit auf Grund der vierten Notverordnung erfolgten, lassen vielfach das Streben erkennen, der Milcherzeugung höhere Einnahmen zuzuführen. So erwünscht dieses Bestreben im Interesse der davon erfaßten Milcherzeuger ist, darf nicht außer Beachtung bleiben, daß es zunächst bedenklich erscheint, den Verbrauch daraus zu belasten. Dessen Kauf- und Verbrauchskraft ist heute schon so gering, daß Preiserhöhungen einen weiteren Verbrauchsrückgang nach sich ziehen müssen. Der Milchhandel kann auch nicht damit belastet werden. Seine Einnahmen sind durch den Verbrauchsrückgang bei gleich hoch gebliebenen Geschäftsunkosten, durch die aus der Umsatzsteuererhöhung erfolgte sehr große Mehrbelastung und Verluste aus ihm nicht bezahlten Milchrechnungen, zu geringe. Seine Ersparnisse sind zudem durch die aus dem Milchgesetze vom Milchhandel geforderten Einrichtungen aufgezehrt, sodaß er keine weiteren Belastungen verträgt. Das ist insbesondere bei behördlichen Preisregelungen zu beachten.

Behördliche Preisregelungen erfolgen, wie die Praxis zeigt, häufiger zu schematisch. Sie nehmen nicht die erforderliche Rücksicht auf die unterschiedlichen örtlichen Verhältnisse. Bei der Vielseitigkeit der Gestaltung des Milchverkehres muß deren Nichtberücksichtigung zu einem Wirrwar führen.

Behördliche Preisregelungen, die dem Milchhandel das zu seiner Lebensexistenz Erforderliche nehmen, zerstören die Gewähr für eine einwandfreie Milchversorgung. Sie bedeuten eine Rückkehr zu Vorkriegsverhältnissen, bei denen die gesundheitlichen Belange der Verbraucherschaft gefährdet waren.

Der Verband hält eine Verkuppelung der Preisabbauwünsche mit den Bestrebungen auf Hebung des Milcherzeugerpreises für gefährlich. Die Hebung der Rente aus der Milcherzeugung kann nur durch handelspolitische Maßnahmen erfolgen, die eine lohnendere Milchverwertung gewährleisten.

Der Verband stellte weiter fest, daß durch seine Mitglieder täglich mehr als zwei Millionen Liter Milch bewirtschaftet werden. In seinen Händen ruht daher der wirtschaftliche Schwerpunkt der westdeutschen Milchverteilung und der Frischmilchabsatzregelung.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Falsche Fünfmarkstücke im Umlauf

Leverkusen-Schlebusch, 2. Juni. In den letzten Tagen wurden im Stadtteil Schlebusch verschiedentlich falsche Fünfmarkstücke angehalten. Die Falschstücke unterscheiden sich vom echten Geld durch ihren dumpfen Klang.

Zusammenrottungen

Leverkusen-Wiesdorf, 2. Juni. Hierselbst kam es Mittwoch nachmittag zu Zusammenrottungen. Die Polizei mußte verschiedentlich mit dem Gummiknüppel eingreifen. Etwa ein Dutzend Verhaftungen von meist Auswärtigen wurde vorgenommen.

Miete bei der Baugenossenschaft

Leverkusen, 2. Juni. Ein Schreiben des Zwangsverwalters der Baugenossenschaft an die Mieter weist darauf hin, daß die Herabsetzung der Miete endgültig abgelehnt und die bisherige Miete unverkürzt zu zahlen ist. Da die Eröffnung des Konkursverfahrens die Zwangsverwaltung nicht berührt, muß die Miete weiter an den Zwangsverwalter gezahlt werden. Denjenigen, die in der Hoffnung auf eine kommende Mietsenkung eine Kürzung der Mietbeträge von sich aus vorgenommen haben (und das sind nicht wenige), werden, falls die Kürzungen nicht unverzüglich nachgezahlt werden, Zwangsmaßnahmen angedroht.

Steine gegen einen Eilzug

Leverkusen, 2. Juni. In den Mittagsstunden wurde der Eilzug Dortmund—Köln in der Nähe der Eisenbahnüberführung in Küppersteg von Schülern mit Steinen beworfen. Einige Scheiben des Packwagens sollen dabei zertrümmert worden sein.

Nur ein Dummerjungen-Streich

Burg a. d. W., 2. Juni. Am Montag früh ist die von dem Gastwirt H. gemietete Garage in der Schröderschen Maschinenfabrik im Burgtal gewaltsam erbrochen und das darin befindliche Auto entwendet worden. Zufällig bemerkte der Besitzer des Wagens kurze Zeit darauf sein Auto mit zwei jungen Burger Leuten aus der Richtung Solingen kommend. Die Haltezeichen unbeachtend lassend, fuhr der Lenker des Fahrzeugs auf den Besitzer zu. Als man Anstalten machte, dem Wagen zu folgen, stellte der Führer das Auto, das bereits erheblich beschädigt war, wieder in die Garage ein und machte sich mit seinem Mitfahrer schleunigst davon.

Das Neueste

Reichskanzler v. Papen setzte am Donnerstag schon vom frühen Morgen an im Reichstag seine Bemühungen um die Vervollständigung seines Kabinetts fort. Er hatte längere Unterredungen zunächst mit dem aus London eingetroffenen Botschafter v. Neurath und dann mit dem Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium Grafen Schwerin v. Krosigk, der das Finanzministerium übernehmen soll.

Die Gerüchte, daß Staatssekretär Meißner demnächst als Botschafter nach Tokio gehen werde, sind frei erfunden.

Der als Außenminister ausersehene Botschafter in London, Freiherr v. Neurath, ist heute Vormittag in Berlin eingetroffen.

Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz bringt eine Verlautbarung, in der erklärt wird, daß die NSDAP allen bisherigen Meldungen über den Inhalt der Unterredung Hitlers mit Hindenburg fernsteht. Ihre grundsätzliche Auffassung über die Lage nach dem Sturz Brünings sei dahingehend zum Ausdruck gebracht worden, daß ein Kabinett des besonderen Vertrauens vorerst die Aufgabe zu lösen habe, den Reichstag nach Hause zu schicken, Neuwahlen auszuschreiben und die Propaganda- und Kundgebungsfreiheit für die nationalsozialistische Bewegung wiederherzustellen.

Die Beurteilung des neuen Reichskabinetts ist in der englischen Presse uneinheitlich. Die „Times" richtet in einem Leitartikel scharfe Angriffe gegen den neuen Reichskanzler wegen seiner Tätigkeit als deutscher Militärattachee in Washington, während der „Daily Telegraf" eine wohlwollende Betrachtung anstellt.

„Daily Expreß" meldet, daß während der vergangenen Woche Versuche gemacht worden seien, Waffen und Munition von einem ausländischen Hafen nach Südirland einzuschmuggeln. Die britische Admiralität habe eine Reihe von Zerstörern angewiesen, gewisse Teile der Nordsee und des Kanals nach den Waffenschmugglern zu durchsuchen.

Im Zusammenhang mit der deutschen Regierungsbildung erörtern die Pariser Blätter die Aussichten der Lausanner Konferenz und die Möglichkeit der Verlängerung des Hoover-Moratoriums.

Der britische Außenminister erklärte den französischen und italienischen Botschaftern, die Abhaltung einer Weltwirtschaftskonferenz werde erst spruchreif sein, wenn feststehe, daß alle Großmächte sie für wünschenswert halten. In der englischen Presse will man dagegen als Datum dieser Konferenz, die eine endgültige Reparationsregelung erleichtern soll, den Monat August und als ihren Grundgedanken die Herstellung einer Verbindung zwischen Sterling und Dollar angeben können.

In gut unterrichteten Pariser Kreisen rechnet man damit, daß Staatspräsident Lebrun am Freitag-Nachmittag mit den Beratungen über die Regierungsbildung beginnt und Herriot mit der Regierungsbildung beauftragt. Es ist mit einem Kabinett zu rechnen, das fast ausschließlich aus Radikalsozialisten besteht.

4 Mädchen und ein Knabe hatten gestern in einem Boot auf dem Njemen bei Grodno eine Spazierfahrt unternommen. Als die Kinder in dem Boote wild umhersprangen, kenterte es. Alle 5 Kinder ertranken.

Bei einer Pulverexplosion in Taza (Marokko) wurden 4 Eingeborene getötet, 5 Europäer und 5 Eingeborene schwer verletzt.

In amtlichen amerikanischen Kreisen wird die englische Anregung, die Lausanner Konferenz mit der Weltwirtschaftskonferenz zu verbinden, abgelehnt.

Im Staate Mexiko sind alle katholischen Kirchen polizeilich geschlossen worden, weil der Erzbischof den Abbau der vorhandenen Pristerstellen noch nicht durchgeführt hat.

Münster. Ein Reichswehrsoldat vom Zuge getötet. Mittags gegen 1 Uhr wurde in der Nähe von Gremmendorf von einem Zuge der Landeseisenbahn der Reichswehrsoldat Baldus erfaßt und so schwer verletzt, daß der Tod unmittelbar darauf eintrat. Baldus wollte die Uebergangsstelle an der Aldersloher Chaussee mit seinem Fahrrad passieren und muß wohl das Herannahen des Zuges nicht früh genug bemerkt haben.

Das Wetter von heute und morgen

Nur mäßig warm und noch vorwiegend heiter, mäßige Winde aus westlicher Richtung.

Gladbach-Rheydt. Eine teure Fensterscheibe. In der Nacht hatte ein Nationalsozialist, als er im Kraftwagen von der Schlageterfeier aus Düsseldorf heimkehrte, ein Fenster des sozialdemokratischen Verlagshauses „Volkswacht" zertrümmert. Da die Nummer seines Wagens erkannt worden war, wurde er ermittelt und vorgeführt. Der Schnellrichter verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 300 Mark, ersatzweise 30 Tage Gefängnis.

Bonn. Ein Genossenschaftstheater. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist in der Bonner Theaterfrage eine entscheidende Wendung eingetreten. Eine Anfrage des neuen Oberbürgermeisters an den bisherigen Intendanten Dr. Fischer, der bereits sein Pensionsgesuch eingereicht hatte, ob er sich einem Theater auf genossenschaftlicher Grundlage zur Verfügung stellen wolle, ist zustimmend beantwortet worden. Es dürften sich kaum noch wesentliche Fragen ergeben, da der von Dr. Fischer aufgestellte Etat die Summe nennt, die die Stadt noch für das Theater ausgeben will. Die Möglichkeit einer Etatsüberschreitung ist nicht gegeben, weil das neue Theater eine G. m. b. H. sein soll.

Aachen. Der Vertreter des Polizeipräsidenten überfallen. Der Vertreter des Polizeipräsidenten, Dr. Guilleaume, wurde nachmittags in der Franzstraße von zwei Leuten angefallen. Da uniformierte Polizei sofort zur Stelle war, konnten weitere Gewalttaten verhindert werden. Die Männer wurden verhaftet. Das Verfahren wird die Frage beantworten, ob die Tat politische Hintergründe hat, was anzunehmen ist, da einer der Täter bereits früher gegen Hindenburg beleidigende Aeußerungen ausgestoßen hat.

Wesel. Freiwillig aus dem Leben geschieden? Der 18 Jahre alte Schneider Willi Horstkamp aus Friedrichsfeld, der seit Sonntag nacht als vermißt gemeldet war, wurde in unmittelbarer Nähe der Kanalbrücke an der Provinzialstraße als Leiche aus dem Lippeseitenkanal gelandet. H., der seit längerer Zeit an einem Kopfleiden krankte, scheint in einem Anfall krankhafter Erregung durch Abspringen von der Brücke Selbstmord verübt zu haben, da irgendwelche Anzeichen, die auf ein Verbrechen schließen lassen, nicht zu bemerken waren.

Detmold. Der Omnibus im Straßengraben. Auf der Landstraße Detmold—Lage ereignete sich in der Ortschaft Jerxen-Orbke ein schwerer Verkehrsunfall. Der mit 20 Personen besetzte Gesellschaftswagen des Autounternehmers Meier aus Sprenge stürzte, als er einem Auto ausweichen wollte, in den Straßengraben. Dabei wurde die Vorderachse mit den beiden Rädern unter dem Wagen weggerissen. Ein Insasse erlitt eine Gehirnerschütterung, der Führer starke Hautabschürfungen. Die anderen Insassen kamen mit dem Schrecken davon.

Daun (Eifel). Ein Notkreuz am Weinfelder Maar. Rührige Eifelfreunde von auswärts, die die Eifel immer wieder besuchen und dadurch mit ihrer wirtschaftlichen Not verbunden sind, haben es sich zur Aufgabe gestellt, zur Erinnerung an das Notjahr 1931/32 zwischen dem Schalkenmehrener und Weinfelder Maar, mitten in die Schönheit der herben Eifellandschaft hinein, ein großes Notkreuz zu errichten, das in seiner machtvollen Größe von etwa 10 Metern mit dem einsamen Kirchlein am Totenmaar das Gesamtbild der Landschaft überragt.

Wieder ein Sprengstoffdiebstahl in Hagen

Für einen bestimmten Zweck?

Aus dem Sprengstofflager der Dolomit AG. in Hagen wurden von Einbrechern in der Nacht vom 30. zum 31. Mai vier Pakete mit „Chlorapit 3" im Gesamtgewicht von 20 Pfund und 50 Sprengkapseln mit isoliertem Kupferdraht gestohlen. Die vorschriftmäßig gesicherte Sprengstoffkammer ist mit Gewalt erbrochen worden. Der Regierungspräsident von Arnsberg hat auf die Ergreifung der Täter und die Herbeischaffung des entwendeten Sprengstoffes eine Belohnung von 200 Mark ausgesetzt.

Wie wir hierzu noch erfahren, lagerten in der Kammer 900 Kilogramm Sprengstoffe. Der Umstand, daß von den Tätern nur zehn Kilogramm und die empfindlichen Zünder gestohlen wurden, läßt darauf schließen, daß der Sprengstoff für einen bestimmten Zweck gebraucht wird

Immer noch Bergrutschgefahr bei Cochem

Die geplante Straßenverlegung

Im Kreishaus zu Cochem fand eine Besprechung wegen des Cochemer Bergrutsches statt, an der neben den örtlichen zuständigen Behörden Oberpräsidialrat von Sybel und Landeshauptmann Dr. Horion teilnahmen. Die Beratungen ergaben die Notwendigkeit, die Straßenführung im Bergrutschgebiet zu verlegen. Der ursprünglich vorgesehene Plan einer größeren Verlegung kommt indes nicht zur Ausführung, dagegen soll eine kürzere Straßenverlegung erfolgen. Mit den Arbeiten soll nach Möglichkeit in den nächsten Wochen begonnen werden, sofern sie als Notstandsarbeiten anerkannt und die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Bei Ausführung dieser Arbeiten könnten etwa 100 Erwerbslose oder Wohlfahrtsempfänger auf einige Monate beschäftigt werden.

Im übrigen sind die Gefahren eines weiteren Bergrutsches keineswegs beseitigt, sondern sogar erhöht worden. Die geologischen Sachverständigen weisen immer wieder darauf hin, daß die Erdbewegungen im südlichen Hang stärker sind denn je.

30 000 RM. fehlen

Unregelmäßigkeiten bei einer Landkrankenkasse

Bei einer Revision der Landkrankenkasse Burgsteinfurt wurden Unregelmäßigkeiten des Geschäftsführers festgestellt, die eine Summe von etwa 30 000 RM. erreichen sollen. Der Geschäftsführer wurde sofort fristlos entlassen und später in seiner Wohnung verhaftet.

Die 3½jährige Nichte erwürgt

Die Tat des 18jährigen Onkels

Am vergangenen Sonntag wurde in Rövenich bei Zülpich, wie gemeldet, die Leiche eines 3½jährigen Mädchens in der Scheune seines Großvaters aufgefunden. Das Kind wurde seit Sonntagnachmittag vermißt. Durch die Obduktion wurde gewaltsamer Tod durch Erwürgen festgestellt. Als Täter wurde der 18jährige Onkel des Mädchens festgenommen. Nach anfänglichem Leugnen hat er eingestanden, seine Nichte in sexueller Erregung erwürgt und im Stroh versteckt zu haben.

Das Schicksal des Fremdenlegionärs

Im Gefecht gefallen

Vor fünf Jahren trat ein zwanzigjähriger Mann aus Thiergarten bei Hermeskeil (Hochwald) in die Fremdenlegion ein. Alle Bemühungen der Eltern, ihren Sohn wieder frei zu bekommen, schlugen fehl. Im März d. J. sollte er nach Ablauf seiner Dienstzeit wieder nach Hause zurückkehren. Aber die Eltern warteten vergebens auf die Rückkehr des Sohnes. Jetzt haben sie von der französischen Behörde die Nachricht erhalten, daß ihr Sohn bereit im Januar in einem Gefecht gefallen ist.

Ein Irrsinniger malt mit seinem eigenen Blut. Großes Aufsehen erregte in Budapest auf dem Margarethenring ein unbekannter junger Mann, der auf der verkehrsreichen Straße Papier, Pinsel und eine Rasierklinge hervorholte, sich die Ader der linken Hand öffnete und mit herausquellendem Blut auf dem Papier zu malen begann. Die Straßenpassanten sahen ihm eine Zeitlang bestürzt zu. Schließlich wurde ein Polizeibeamter herbeigeholt, der den anscheinend Irrsinnigen zum nächsten Polizeirevier brachte. Bei seinem Verhör erklärte er wiederholt, er sei der berühmte Tizian und wolle ein wundervolles Bild malen. Seine Personalien konnten noch nicht festgestellt werden.

Professor Piccards neuer Stratosphärenflug

Professor Piccard hat sich am Montag in Zürich aufgehalten. Er hat seinen Aufenthalt auch dazu benutzt, um der Presse einige Erklärungen über seinen nächsten Stratosphärenflug abzugeben. Danach wird er zusammen mit dem belgischen Physiker Cosyns den in Aussicht genommenen Flug unternehmen. Die Frage des Startortes, ob Augsburg oder Zürich, ist zur Zeit noch nicht entschieden, da beide Städte ihre Vorteile und Nachteile für ein solches Unternehmen aufweisen. Den endgültigen Beschluß darüber faßt der das Unternehmen finanzierende Fonds National in Brüssel. Mit der Montage der Gondel wird man noch mindestens zwei bis drei Wochen zu tun haben, dann wird sie nochmals abmontiert und am endgültigen Startort startbereit gemacht. Der Start erfolgt nur bei günstiger Witterung und kann von einem Augenblick auf den anderen stattfinden.

Professor Piccard wird Pilot sein, und Cosyns wird die physikalischen Beobachtungen machen. Der Zweck der Fahrt ist wieder die Analyse der sogenannten kosmischen Strahlung. Assistent Kipfer, der den ersten Stratosphärenflug mitmachte, wird diesmal nicht beim Start anwesend sein. Professor Piccard beabsichtigt, diesmal auch einen kleinen Radiosender mitzuführen, der dem Zweck dient, kurze Berichte über die Fahrt abzugeben und im Falle der Not eventuell Hilferufe auszusenden. Die Außenbordinstrumente werden diesmal im Innern der Gondel angebracht werden, ebenso die Ventilleine, die durch eine Quecksilberverdichtung mit dem Innern verbunden wird. Die Flieger werden versuchen, eine noch größere Höhe als beim ersten Stratosphärenflug zu erreichen. Sofern der Aufstieg in Zürich erfolgt, werden die Startvorrichtungen vom Ostschweizerischen Verein für Luftschiffahrt getroffen.

Prof. Piccard äußerte schließlich noch den Wunsch, einmal im nördlichen Amerika, nach Möglichkeit in Kanada, starten zu können, um die Einwirkungen des magnetischen Pols auf die Strahlungen im Kosmos kennenzulernen, die bis jetzt noch völlig unbekannt sind.

Das Verhör Gorguloffs

Vor dem Untersuchungsrichter in Paris wurde Gorguloff mehreren Zeugen gegenübergestellt. Seine ehemalige Logiswirtin in Billancourt bei Paris und die ehemalige Krankenschwester in seiner Klinik erkannten ihn wieder und behaupteten, ihn in der ersten Hälfte des April dieses Jahres in Billancourt getroffen zu haben. Gorguloff widersprach ihnen und erklärte, er sei in dieser Zeit nur einmal nach Paris gekommen, aber nicht in Billancourt gewesen.

Nach der Havasagentur soll diese Aussage Gorguloffs nicht der Wahrheit entsprechen. Gorguloff soll dadurch vielmehr zu verbergen versuchen, daß er in Billancourt mit einem Russen eine Begegnung gehabt habe, der in Berlin ansässig sei und auf den sich ebenfalls gegenwärtig die Untersuchung erstrecke.

Geheimnisvolle Waffenfunde auf einem holländischen Ostasien-Dampfer

Auf dem im Hafen in Amsterdam eingetroffenen Dampfer Meerkert der holländischen Ostasien-Linie haben Zollbeamte eine unter Tauen verborgene geheime Waffensendung entdeckt, die aus 250 Revolvern und 25 000 Patronen besteht. Diese Waffenladung, von deren Vorhandensein de rSchiffsleitung nichts bekannt war, soll von einem Waffenhändler in Hamburg stammen, welchen Hafen das Schiff vorher angelaufen war. Was an diesem Gerücht wahr ist, konnte bisher nicht ermittelt werden. Tatsache ist nur, daß ein chinesisches Mitglied der Bemannung unter dem Verdacht, diese Waffen nach China schmuggeln zu wollen verhaftet worden ist.

Kirchliche Nachrichten

Katholische Gemeinde Pattscheid

Feier des Herz-Jesu-Festes. — Der Besuch des Hochw. Herrn Weihbischofs Dr. Stockums.

Gottesdienstordnung:

Freitag, den 3. Juni, bis 7,20 Uhr Beichtgelegenheit. 7,30 Uhr Feierliche Herz-Jesu-Messe, in der alle die können, doch zur hl. Kommunion kommen mögen. 20 Uhr Herz-Jesu-Andacht, zu der alle herzlich eingeladen sind.

Samstag, den 4. Juni, 7 Uhr Herz-Jesu-Messe. 15 bis 20 Uhr Beichtgelegenheit.

Sonntag, den 5. Juni, Äußere Festfeier des Herz-Jesu-Festes. Fest des Apostels Deutschlands und der Diaspora, des hl. Bonifatius. Bis 7,20 Uhr Gelegenheit zur hl. Beichte, 7,30 Uhr Aussetzung des Hochw. Gutes, anschließend erste hl. Messe mit Familienkommunion der gesamten Pfarrgemeinde, vor allem der Firmlinge dieses Jahres. Bis 8,30 Uhr stille Anbetungsstunde. 8,30 bis 9,30 Uhr allgemeine Betstunde, besonders für die Firmlinge um die Fülle des Heiligen Geistes. 9,30 bis 10 Uhr wieder stille Anbetung. 10 Uhr Feierliches Herz-Jesu-Amt. Anschließend bis 11 Uhr stille Anbetung. 11 bis 12 Uhr Betstunde für die Bewohner des zum Rektorat gehörenden Burscheider und Witzheldener Bezirkes. 12 bis 13 Uhr alter Gewohnheit entsprechend Betstunde für die armen Seelen. 13 bis 14 Uhr Betstunde für Bergisch Neukirchen und Pattscheid und die andern Ortschaften. 14 Uhr Andacht zum göttlichen Herzen Jesu mit Sühnegebet der ganzen Gemeinde und Schlußsegen. Zu dieser Schlußfeier mögen alle recht zahlreich erscheinen. Die Teilnahme für die Kinder und Firmlinge ist Pflicht. Anschließend werden die letzten vorbereitenden Worte den Firmlingen gesagt.

In den beiden hl. Messen und in der Andacht ist Kollekte für die Armen unserer Gemeinde.

An den Wochentagen beginnt in der Folge, da der Religionsunterricht anders gelegt ist, die hl. Messe mit Ausnahme von Donnerstag und Samstag, wo sie um 7 Uhr beginnt, um 7,30 Uhr. Im Herz-Jesu-Monat ist nach jeder hl. Messe Aussetzung des Hochwürdigsten Gutes und Segen nach der Litanei. Alle aus der Gemeinde, vor allem die Schulkinder, mögen täglich auch an den Werktagen zur hl. Messe kommen, zumal die Zeit so günstig liegt. Es bedarf nur eines ganz geringen Opfermutes, nur ein wenig der Selbstzucht.

Gerade in der Oktav des Herz-Jesu-Festes, die ja in der ganzen Christenheit als Zeit des Gebetes und des Opfers, als Zeit des Entsagens und des Wohltuns begangen werden soll, sollte es keine Familie geben, die nicht wenigstens einen der Ihren zur hl. Opferfeier und auch zum hl. Opfermahl schickt. Also kommt! Der Heiland wartet! Die Not ist wahrlich groß genug in Gemeinde und Volk und Menschheit, daß wir alle uns zum Beten verpflichtet fühlen müßten.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.

Dem Tod auf der „Georges Philippar" entronnen – nun im Flugzeug abgestürzt



Zwei Ueberlebende des im Golf von Aden verbrannten französischen Vergnügungsdampfers „Georges Philippar" mieteten nach ihrer Rettung in Marseille ein Flugzeug, um interessante Photos von der Dampferkatastrophe auf dem schnellsten Wege nach Paris zu bringen. Auf dem Fluge stieß jedoch das Flugzeug im dichten Nebel gegen einen Felsengipfel und zerschellte. Unser Bild zeigt die Trümmer der Maschine, aus denen die Leichen der Passagiere und des Piloten geborgen wurden.



7

„Bis dahin sind sie möbliert, dafür will ich sorgen, Vater. Du sollst mir nur zusichern, daß ich Vollmacht habe, alles zu arrangieren, wie ich es für gut befinde."

„Tu', was du willst, Hanno. Du hast mein volles Vertrauen."

„Ich danke dir, Vater. Also höre. Wir werden unsere Saison am 1. Mai eröffnen. Einverstanden?"

„Einverstanden!"

„Gut! Ich werde die Möbelangelegenheit in Ordnung bringen, und Jan fährt einmal nach Berlin."

Jan fuhr wie elektrisiert auf. „Berlin! Donnerwetter was hast du mit mir vor?"

„Du mußt Inserate unterbringen."

„Schön. Das kostet aber eine Stange Geld!"

„Gar nichts kostet das. Gar nichts darf das kosten! Wenigstens kein bares Geld!" fuhr ihn Hanno ungnädig an.

„Du bist glänzend! Glaubst du denn, daß die mir auf mein ehrliches Gesicht kreditieren?"

„Kreditieren? Du willst Schulden machen auf Schloß Korff? Nicht einen Taler."

„Na, zum Donnerwetter," fauchte Jan auf. „Wie denkst du dir denn die Chose? Ich bin ja 'n netter Mensch, aber ich bezweifle, daß sie mich in den Zeitungsexpeditionen an die Brust drücken und mir Gratisinserate abnehmen werden."

„Gratis! Mensch, Jan, kapierst du heute schwer! Wer redet denn von kostenlos, von gratis oder von umsonst. Umsonst wollen wir es nicht haben. Bewahre! Nur kein Geld darf es kosten. Verstehst du mich nun?"

„Nee!"

Der gute Jan sah ihn nicht gerade geistreich an, und Hanno begann, gelinde gesagt, an Jans sonst unbestrittener Intelligenz zu zweifeln.

„Menschenskind! Ueberleg' dir doch mal. Wir wollen mit den Zeitungen ein Tauschgeschäft machen."

„Tauschgeschäft! Aha, jetzt geht mir ein Kronleuchter auf. Du denkst an den Weinkeller?"

„Keine Spur. Was darin ist, brauchen wir für unsere Gäste und uns. Nee, ein Zimmer wollen wir in Tausch geben."

„Nett! Wirklich nett! Gratis und franko im Postpaket, nachnahmefrei, was?"

Hanno ließ sich nicht aus der Ruhe bringen.

„Na, langsam scheint sich deine Intelligenz wieder einzustellen. Junge, Junge, wo war die bloß so lange? Vater, schenke dem jungen Mann nicht so oft Punsch ein. Also, so höre meine Instruktionen. Du fährst nach Berlin."

„Auto oder Bahn?"

„Bahn natürlich! Mit dem Auto kommst du nicht durch den Schnee. In Berlin suchst du die drei Zeitungen auf, die ich dir aufschreibe. Du sagst dort: die beiden Inserate sollen sie einmal aufnehmen. Das erste Inserat jetzt gleich, das zweite Inserat Mitte April. Dafür steht ihnen das ganze Jahr ein Zimmer auf Schloß Korff kostenlos zur Verfügung."

„Mit oder ohne Verpflegung?"

Hanno überlegte. „Natürlich mit Verpflegung."

Tessing hatte aufmerksam zugehört und fiel jetzt ein: „Ist das nicht teurer, als wenn wir die Anzeigen bezahlen."

„Nein, Vater. Die beiden Anzeigen würden, eine viertel Seite groß, in der „Allgemeinen Deutschen Zeitung" zum Beispiel achtzehnhundert Mark kosten, eine Summe, die für uns unerschwinglich ist."

„Meinst du denn, daß die Zeitungen mitmachen werden?"

„Eigentlich machen Sie es gewiß nicht. Aber Jans Geschicklichkeit, sein weltmännisches Wesen und seine Revolverschnauze müssen es schaffen."

Alle lachten, auch Jan stimmte mit ein.

„Das ist wirklich nett von dir, daß du mir das zutraust. Ich versichere dir, daß ich alles aufbieten werde, um dich nicht zu enttäuschen."

„Du schaffst es, Jan!" sagte Hanno fest, und sein Ton war wieder freundschaftlich-zärtlich. „Ich müßte doch Jan Peter Hollem nicht kennen!"

„Wann soll ich fahren?"

„Am 2. Januar. Ich werde, während du in Berlin bist, für die Möblierung von Schloß Korff sorgen."

Dann wandte er sich zu den Gesellen:

„Und nun zu euch, meine Freunde. Ihr habt so wacker geschafft, wie es wohl wenige aus freien Stücken tun würden. Wir konnten euch keinen Lohn zahlen, denn wir haben das Geld nicht dazu. Ihr wißt, was wir wollen, und ich hoffe gewiß, daß wir euch bald entschädigen können. Nun sagt, Gesellen, wie lange dürfen wir auf euch zählen?"

Die Gesellen sahen sich an. Einer schien den anderen zu fragen. Keiner wußte aber eine rechte Antwort zu geben.

Da sprang Edward Schlagintweit auf: „Ich bleibe solange, bis mich Vater Tessing wegschickt!"

„Ich werde dich nie wegschicken, Edward," sagte Tessing gütig.

„Dann werden Sie mich nicht los, Vater Tessing," lachte der junge Geselle. „Und wie ich meine Kameraden kenne, es wird wohl jeder so sagen."

Die Gesellen stimmten ihm zu.

„Das werden wir euch nicht vergessen, Gesellen," sagte Hanno bewegt und drückte ihnen die Hände. „Ich will schaffen mit euch, und ich hoffe, daß Schloß Korff allen eine Heimat wird. Wenn es uns gelingt, jedes Jahr die zwanzig oder hundert Zimmer des Schlosses an Gäste zu vermieten, dann werdet ihr alle lohnenden Verdienst haben. Wir wollen heute nichts verschwören, denn wir wissen nicht, was kommen wird. Jedenfalls weiß ich das eine, daß mich keiner von euch im Stiche lassen wird, bevor Schloß Korff seine Saison eröffnet. Prosit alle miteinander! Trinken wir auf eine gute Saison."

* * *

Herr Ehrenklau, der Wirt zum „Bären", freute sich außerordentlich, als der Schloßherr von Korff mit Sohn und Belegschaft am zweiten Weihnachtsfeiertag auf Schneeschuhen angerückt kamen.

Seine beiden Töchter Barbara und Anna, die in der Stadt an einem Koch- und Schneiderkursus teilnahmen, waren zu Besuch gekommen. Sie bedienten die Gäste und waren erst über soviel hübsche, frisch-frohe Männlichkeit erschrocken, aber als sie merkten, daß es Leute waren, die ihnen in der angenehmsten Weise begegneten, gingen sie bald aus sich heraus und ließen sich gern die Huldigungen der Gesellen gefallen.

Machazek hatte seine Konzertina mitgebracht, und als es Abend ward, spielte er in dem kleinen, rasch geheizten Saale zum Tanze auf. Zu den beiden Wirtstöchtern gesellten sich noch einige Dorfschönen, und die Gesellen walzten, fortten, boston und stepten, daß es eine Lust war.

Die jungen Dorfburschen guckten etwas neidisch, aber die Fröhlichkeit der Schar steckte auch sie mit an.

Herr Robert Tessing setzte sich mit Herrn Ehrenklau an den Honorationenstammtisch, wo er von den Alteneckenern freundlich begrüßt wurde. Sein ganzes Auftreten, seine frische und doch so abgeklärte Art machte von vornherein bei allen Eindruck. Das Bärbele, Herrn Ehrenklaus Aelteste, hatte zu ihrem Vater gesagt: „Dem lieben, alten Herrn ist man gut, wenn man ihn nur anschaut."

Und so ähnlich erging es den meisten, die mit ihm in Berührung kamen.

* * *

Hanno stand vor dem „Bären" und atmete die frische Winterluft ein.

Als er links die Straße hinunterjah, bemerkte er plötzlich eine groteske Gestalt, neben der lachend eine Schar Kinder lief. Laut kreischend schrien sie: „Der kommt aus dem Morgenland."

Hanno sah genauer hin und mußte lachen.

Ein Schwarzer war es, auf dessen Haupte ein mächtiger Zylinder saß, und der im übrigen mit Frack und weißer Binde bekleidet war. An den Füßen trug er ein paar hochelegante Shimmyschuhe. Und dazu trug er einen schreiend roten Regenschirm.

Den Schwarzen schien die Begleitung der Kinder, ihr Lachen und Spotten nicht zu stören. Er lachte über das ganze Gesicht und fletschte die Zähne.

Jetzt steuerte er auf den „Bären" zu.

Da erkannte ihn Hanno. Es war sein Negerchauffeur, der schwarze Wako, der ihm auf seinen Fahrten durch Nordamerika ein treuer Diener gewesen war.

Ja, um Himmels willen, wo kam denn Wako, der drollige, treue Wako her? Immer näher kam der Schwarze.

Da rief Hanno laut nach Jan, der eben mit der jüngsten Wirtstochter tanzte. Jan unterbrach die Tour, entschuldigte sich bei dem Mädchen und eilte hinaus.

Auch er erkannte Wako sofort.

Aber auch Wako sah Hanno und Jan. Ueber seine gutmütigen Züge glitt helles Entzücken. Er stürzte, so rasch ihn seine Füße trugen, hin zu den beiden und führte vor ihnen einen wahren Tanz auf.

„Oh . . . gute Tag, oh, gute Tag . . . Oh, Massa sing. Oh, Wako glückliches Mann! Oh, Wako sein so voll Freude. Oh Massa viel gute Massa. Wako ist gekommen nach große Land! Nach große Dutchiland. Wako Sehnsucht nach Massa! Wollen hier bleiben. Wako hab versprecht, werden besuche Massa. Oh, ist Wako voll Freude."

Die Freude des guten Kerls war rührend.

„Wo kommst du denn her, guter Wako?" fragte Hanno freundlich.

„Oh, weit über groß Wasser. Ist sich Wako gestorbe bald. Oh, oh, schlimm Schiff, schlimm Wasser! Immer Magen alle . . . leer!"

Diese Schilderung der Seekrankheit des guten Wako war begleitet von den verschiedensten Grimassen, so urkomisch, daß Hanno und Jan in lautes Lachen ausbrachen.

„Da komm' nur ins Haus, guter Wako. Komm', wärme dich. Es ist recht freundlich von dir, daß du uns nicht vergessen hast."

Der Wollkopf legte die Hand aufs Herz und schwenkte den Zylinder. „Oh, Wako nix vergessen gut Herr! Nix vergessen."

Als die drei in die Gaststube traten, wirkte die groteske Figur des braven Schwarzen zunächst mit der Wucht einer Sensation. Dann aber brach ein wahrhaft homerisches Gelächter aus.

Wako grinste über das ganze Gesicht und zog ein Lachen, das bald von einem Ohr bis zum anderen reichte.

„Oh, Massa," sagte er vergnügt, „überall good man in Dutchiland, überall good man. Wo Wako, da alles freuen. Riesengroß freuen, wenn all Wako ansehn."

Robert Tessing staunte nicht schlecht, als Hanno und Jan mit dem Schwarzen vor ihm Halt machten.

„Das ist mein Vater, Wako," sagte Hanno.

Wako riß die Augen noch weiter auf und rollte sie, hob beide Hände, wedelte damit ein halbes Dutzendmal, schaute dann ängstlich auf den weißbärtigen Tessing, ob ihm seine Begrüßung wohl gefalle. Dann fiel er auf die Knie und rief, den Zylinder mit Emphase schwenkend:

„Oh, Wako sein glücklich. Grüßen Vadder von gut Massa. Wako Vadder von groß Massa treu sein. Vadder von Massa aussehen wie guter, alter Mann im Himmel."

„Er meint, Vater," erläuterte Hanno lächelnd, „Du siehst so gut wie der liebe Herrgott im Himmel aus."

Tessing nickte. „Der Vergleich schmeichelt mich außerordentlich, Junge. Aber sage um Himmels willen, wo kommt denn der gute Kerl her und was will er?"

Als Tessing dem Schwarzen, der mit treuen Hundeaugen auf ihn sah, die Hand reichte, grinste Wako glücklich.

„Stehe auf!" sagte Hanno und schob dem Schwarzen einen Stuhl hin.

„Wako, lieber Vater," sagte Hanno, „ist mein Negerchauffeur, der mich ein halbes Jahr durch Nordamerika und Kanada begleitete. Er ist ein selten treues Exemplar von Mensch, der für mich und Jan immer durchs Feuer gegangen ist. Als wir damals in Philadelphia Abschied nahmen, war er gar nicht zu beruhigen, und ich mußte ihm meine Adresse geben. Er versprach mir, mich zu besuchen, und ich habe ihm damals, weil ich an die Unmöglichkeit seines Besuches glaubte, zugesichert, daß ich ihn behalten wolle, wenn er käme. Und nun ist er da, ist übers Meer gekommen, der gute, treue Wako. Der läßt sich natürlich nicht wegschicken, und du mußt dich damit abfinden, daß wir noch einen Mann mehr auf Schloß Korff haben."

„Selbstverständlich, Hanno, bleibt der gute, treue Kerl da. Wo neun satt werden, werden es auch zehn."

„Bravo!" rief der Wirt und klatschte in die Hände. „Das tun Sie recht, Herr Tessing."

Als Wako erfuhr, daß er als Diener bei seinem Massa bleiben dürfe, wollte er einen Freudentanz aufführen, wobei sämtliche Gläser in Gefahr kamen, umzupurzeln. Aber Hanno verhinderte das Unglück rechtzeitig, und Wako saß brav und still auf seinem Stuhl. Als der Wirt ihm ein großes Glas schäumendes Bier brachte, trank Wako es glückselig mit einem Zuge aus.

„Oh, Wako haben Durst! Gut Bier!"

Der Wirt ließ Tessing und die Seinen nicht fort. Sie mußten über Nacht bleiben. Erst am kommenden Morgen verließen sie Altenecken.

Zwei prächtige Feststollen hatte ihnen der Wirt einpacken lassen. Das schönste aber, das sie mitnahmen, war die Erinnerung an einen wirklich genußreichen Tag.

6.

Lautlos glitt die Sekretärin in das Zimmer des Allgewaltigen der „Allgemeinen Deutschen Zeitung" in Berlin, des Chefredakteurs Dr. Spangenberg.

„Herr Doktor . . ." Zaghaft kam es heraus

Der Chefredakteur setzte eben den Schlußpunkt unter seinen fulminanten Leitartikel und fragte verhältnismäßig gnädig: „Was gibt's denn, Fräulein Springer?"

„Der Herr Jan Peter Hollem ist wieder da."

Doktor Spangenberg rückte seine goldene Brille zurecht und lachte leise vor sich hin. „Jan Peter Hollem. Schöner Name, Fräulein Springer. Den haben Sie sich fein gemerkt."

„Er ist schon zum dritten Male da!" verteidigte sich das junge Mädchen, während ein feines Rot in ihre Wangen stieg.

„Zum dritten Male? Richtig! Ich entsinne mich. Der Mann hat Ausdauer, das gefällt mir. Wollen wir ihn noch einmal 'nausschmeißen, Fräulein Springer, damit er noch ein viertes Mal wiederkommt? Was meinen Sie?"

Das junge Mädchen lachte hell auf. „Er hat gesagt, Herr Doktor, ein drittes Mal ließe er sich nicht hinauskomplimentieren. Wenn er jetzt nicht vorgelassen würde, dann müßte er sich gezwungenermaßen häuslich bei uns einrichten."

„In diese Verlegenheit möchte ich Sie natürlich nicht bringen, Fräulein Springer. Schicken sie ihn herein. Was er will, hat er Ihnen nicht gesagt?"

„Nein, Herr Doktor."

„Was er ist?"

„Doch, Herr Doktor. Aber . . ."

„Was denn, aber? Heraus mit der Sprache!"

„Weltenbummler, Universalgenie und der Freund des Herrn von Korff."

Der Chefredakteur lachte schallend auf. „Das wäre ja immerhin etwas. Also, ich lasse bitten."

Das Fräulein nickte und verließ das Zimmer. Doktor Spangenberg spannte ein wenig auf den Besucher.

Jan Peter Hollem trat ein.

„Guten Tag, Herr Chefredakteur. Das ist wirklich nett von Ihnen, daß Sie mich armen Teufel von der Pein des Wartens erlöst haben," sagte er lächelnd und selbstsicher, als ob er täglich hier verkehre.

Doktor Spangenberg mußte lächeln. Jans Worte kamen so drollig-liebenswürdig heraus, daß der Ernst, mit dem er sich gewappnet hatte, dahinschwand. Das sichere Auftreten des jungen, hübschen Kerls mit den blitzenden Blauaugen tat das übrige.

„Bitte nehmen Sie Platz, Herr Hollem."

„Gerne. Aber erst müssen Sie mir versprechen, Herr Doktor, daß Sie wenigstens zwanzig Minuten Zeit für mich haben."

Wieder mußte der Doktor lachen. Der war glänzend, stellte gleich Forderungen!

„Zwanzig Minuten, ein bißchen viel, mein verehrter Herr Hollem. Ich bin . . ."

„Sehr beschäftigt," fiel ihm Jan ins Wort. „Weiß ich, Herr Doktor. Aber bedenken Sie, zwei so nette Kerle, wie wir beide, treffen sich nicht alle Augenblicke."

„Gut, Herr Hollem. Ich stehe Ihnen zwanzig Minuten zur Verfügung. Bitte, womit kann ich Ihnen dienen?"

Jan Peter rückte sich im Sessel zurecht und sah den Chefredakteur treuherzig an.

„Gestatten Sie, daß ich mich höflichst erkundige: Haben Sie für dieses Jahr schon Ihre Sommerfrische festgemacht?"

Doktor Spangenberg wußte nicht, ob er ein böses oder ein lachendes Gesicht aufstecken sollte.

„Sommerfrische! Na, sagen Sie, Mann Gottes, sind Sie zu mir gekommen, um mich danach zu fragen?"

„Das . . . ist nur die Einleitung."

„Sehr originell."

„Nicht wahr! Ja, originell bin ich immer. Also, Herr Doktor, um über die Vorrede hinauszukommen, an der Grenze von Deutschland, im Wasgenwald liegt Schloß Korff, das meinem Freunde Hanno Tessing gehört. Wir haben es diesen Winter bezogen und fühlen uns wirklich glücklich dort."

Er erzählte dem ruhig zuhörenden Chefredakteur, wie er die sechs Gesellen aufgegabelt habe, wie er mit ihnen den mittleren Teil des Schlosses wieder in Ordnung gebracht und verschwieg auch nicht, wie sie den Weinkeller gefunden und was für ein köstlicher Stoff in ihm lagere. Auch die Existenz des braven Wako verschwieg er nicht.